interstar

auswärts 2,50 DM

Wöchentliches Berlin-Info 2 DM

Zeitung für das Leben danach

EXCLUSIV:

Heidi Brühl
Rita Pavone
Adriano Celentano

Nr. 171

28. November 1991



Der grosse Heinz-Schenk-Report:

Meine Zeit bei denen - wie es wirklich war

S. 45

Liebe Leserin, lieber Leser

Lange, lange haben wir gesucht, doch letzten Samstag ist es uns endlich geglückt: Wir haben Heinz Schenk gestellt - und natürlich gleich für euch fotografiert (s.Titelbild) - das ist er, so sieht er aus!
Auch in dieser Nummer melden sich wieder einige bekannte Stars aus Funk und Fernsehen zu Wort.
Lange haben wir über die Frage diskutiert, ob wir einen Artikel aus der neuen Wildcat zu Hoyerswerda reinnehmen oder nicht. Schliesslich entschieden wir uns doch dafür, da er den interessanten Versuch einer Gesamteinschätzung der Situation macht, und dadurch die Debatte nur weiterbringen kann. Doch es bleiben auch Fragen: Was ist, wenn die Menschen lieber gegen Andere nach unten treten, als sich nach oben gegen die soziale Misere zu engagieren? Was ist, wenn die "Asylantenfrage" zwar von oben als Ventilfunktion angeschoben wird, aber von unten selbsttätig aufgegriffen und ein Eigenläufer wird?
Die neue Wildcat enthält auch einen sehr kritischen Beitrag zu dem 3:1-Papier von Klaus Viehmann und anderen (s.Interim 120), den wir aber nicht auch noch nachdrucken wollten.
Verschoben auf die nächste Nummer haben wir einen Beitrag des EA zum Thema "Was passiert mit den Kindern, wenn ich einfahre?" und ein Flugi zur Solidarität mit den BesetzerInnen der DG III in Brüssel.
Schwerpunkt des Heftes sind wieder die Kämpfe der Flüchtlinge in Norderstedt, Frankfurt und Berlin. Gewünscht hätten wir uns vielleicht mehr fundierte Beiträge zur "Heinz-Schenk-Debatte" (den wir nun enttarnt haben) und zu den aktuellen Kämpfen von MalocherInnen gegen die Treuhand (z.B. der Besetzung des Stahlwerks in Henningsdorf).
Bedanken möchten wir uns für die Berge von Süssigkeiten, die leider schon nach einer halben Stunde alle waren. Wie wärs mal zuätzlich mit etwas Salzigem?
Hinweisen sollen wir noch auf die neuerschienene Nr.4 der Clash.

Guten Abend euer Tagesshower

INHALT

Impressum

Herausgeberin:
Interim e. V.
Gneisenaustr. 2a
1000 Berlin 61

Redaktionsanschrift: s. o.

V.i.S.d.P.: Charlotte Schulz

Gesamtherstellung:
Eigendruck im Selbstverlag

Im Odner:

Bezugstext zum Antiimperialismus-Text von D.Hartmann
Berichte zur Diskussion zum Thema
a) Koordinierungsgruppe TE
b) Organisierte Kriminalität
Text der Bayreuther AntifaschistInnen zum Radi-Artikel
Presseerklärung der Flüchtlinge aus Greifswald
Flugblatt: Wahre Worte gegen Worte als Ware
Interview mit dem ungarischen Antifaschisten Jozsef Tihanyi

... UND WENN ES DA DOCH WAS ANDERES GIBT!?!

Die in den letzten Wochen veröffentlichen Texte von Heinz Schenk haben glücklicherweise für viele Diskussionen gesorgt. In vielen Zusammenhängen werden sie diskutiert und, was den Inhalt der Texte nur bestätigt, viele Menschen denen ich die Texte gegeben habe, die nicht "Teil der Szene" sind und trotzdem Interesse an revolutionärer Politik haben, fanden in ihnen Ansätze, die eine Perspektive bieten. Eine Perspektive für die Linke, da endlich, wie Roberto Blanco sagt(Interim 169), die Notwendigkeit einer nicht mehr "autonomen" (meint hier die allseits bekannten Sitten und Bräuche) revolutionären Politik erkannt wurde. Und die einzig richtige Konsequenz gezogen wurde, der "Austritt" aus den "Autonomen", sprich die Suche nach den Möglichkeiten einen anderen, besseren Rahmen für revolutionäre Politik zu schaffen. Dies muß zwangsläufig ketzerisch wirken, denn es untergräbt den absolutistischen Anspruch der Autonomen. Dies wird besonders in der Kritik von Lotta deutlich (Interim 169), die in der Behauptung gipfelt: "H.S. also möchte sich, erschreckt über die Kälte der Freiheit, zurückfallen lassen in den Schoß der Autorität." So einfach ist also die Welt, entweder "autonom" oder im Schoß der Autorität. Nun mal im Ernst, kann es außer den Autonomen keine antiautoritären Lebens-, Handlungs- und Organisationsformen geben, zumal die "Autonomen" lediglich antiautoritär sein wollen es aber nicht sind ? (Das ist nicht bös'gemeint - Autonome sind eben auch "nur" Menschen)



Doch sehen wir mal auf den ganzen Text von Genossin Lotta. Zunächst gibt sie H.S. recht in seiner Kritik an den Umgangsformen in der Szene. Dies ist nicht verwunderlich und entspricht dem "autonomen Absolutismus", der den Rahmen für zulässige Kritik schon im Vorfeld abgessteckt hat. Wer diesen Rahmen verläßt war früher ein "Counter", und heute, wie H.S., "war er in der autonomen Bewegung wirklich falsch" (Lotta). Der Rahmen, in dem RevolutionärInnen diskutieren, sollte der Wille sein, ein politischer Faktor zu werden, eine revolutionäre Gegenmacht aufzubauen, eben "die Verhältinisse zum Tanzen zu bringen " - und dies nicht nur 5X im Jahr rund um die O-Strasse ! A riot ain't a revolution (Mutabaruka). Der Rahmen, in dem "Autonome" diskutieren, lässt keine grundlegenden Kritiken zu. Dies wird an der Herangehensweise von Lotta deutlich; die fundamentale Kritik wird nicht ernstgenommen weil sie garnicht als mögliche Kritik wahrgenommen wird. Lotta bezieht sich nicht auf die Kritik sondern pickt sich den von H.S. in der Tat oft ungenau verwandten Begriff "Subjektivismus" heraus und zerlegt ihn, ohne sich die geringste Mühe zu geben zu verstehen was H.S. meint. Es scheint klar zu sein, die Ursache liegt bei H.S. das Problem auf der persönlichen Ebene; psychologisierend stellt Lotta fest: "Ich habe das Gefühl, daß er alles das, was er selbst als verletzend, frustrierend und verwirrend in autonomen Zusammenhängend erlebt hat, auf diesen

Begriff projeziert." An dieser Stelle möchte ich Gramsci zitieren, der eben doch zum Teil ganz brauchbare Gedanken zu Papier gebracht hat, so z.B. in seiner Kritik am "Gemeinverständlichen Lehrbuch" Bucharins : "... man muß seinen Gegnern gegenüber gerecht sein. Man muß sich zu verstehen bemühen, was sie wirklich haben sagen wollen, und nicht böswillig bei ihren oberflächlichen und unmittelbaren Aussprüchen stehen bleiben." (Philosophie der Praxis)
Abgesehen davon zitiert Lotta das "Philosophische Wörterbuch, DDR", welches die herrschende Realität, die auch von den "Autonomen" reproduziert wird, ganz gut beschreibt: "...die Auffassung, daß bei der Beurteilung beliebiger Sachverhalte ihre Bezogenheit auf das abstrakt aufgefasste menschliche Subjekt, etwa in Form einer abstrakten Nützlichkeit für den Menschen, der primäre Gesichtspunkt sein müsse (dieser Subjektivismus kommt z.B. in den industriell entwickelten kapitalistischen Ländern in Form einer bornierten Selbstsucht und einer beschränkten, vulgären Konsumentenideologie zum Ausdruck"



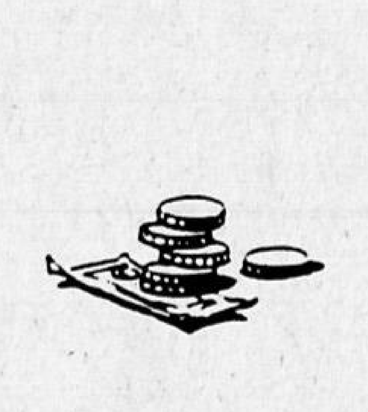
Darauf folgt die Erläuterung des Subjektivismus, wie Lotta ihn konstituierend für das autonome Politikverständnis versteht, was jedoch eher eine Beschreibung der, sagen wir mal "Autonomie des Subjekts" darstellt, eine Vorstellung von der sich H.S. bestimmt nicht trennen will. Jedoch auch eine Vorstellung, der nur der kleinste Teil derer, die sich irgendwie "autonom" finden, versucht gerecht zu werden. Es ist mir auch zu schwarz/weiß den "eigenen Erfahrungen und Auseinandersetzungen" schlichtweg "Gesetze und blind übernommene Werte" gegenüberzustellen. Denn ich kann aus meinen persönlichen Erfahrungshorizont, der eben in meiner (mitteleuropäischen) Realität aufgebaut worden ist, vieles nicht nachvollziehen. Z.B. stehen einige Verhaltensweisen von Flüchtlingen im krassen Gegensatz zu meinem politischen Verständnis, eine Auseinandersetzung damit kann nur Erfolgen wenn, nicht nur der/die Flüchtling weil er/sie jetzt hier ist sich mit meiner Realität auseinandersetzt, sondern ich mich auch über die Realität seines "Herkunftslandes" bzw. seiner Sozialisation informiere, und dies ist in den meisten Fällen eben nicht von "eigenen Erfahrungen und Auseinandersetzungen bestimmt". In der gesamten Seite 2 von Lottas Text vermischen sich Realität und Ideal miteinander und machen eine Kritik wirklich schwer. Doch zu kritisieren ist auf jeden Fall Lottas Überzeugung:"...verändern kannst du letztlich nur das eigene Verhalten, die Verhaltensänderung der anderen ist allenfalls eine Reaktion darauf." Demnach gibt es nur Kettenreaktionen, wir müssen eben "nur" vorbildlich leben und die anderen werden uns folgen, und wenn es dann alle wollen is' Revolution! Das wirft die Frage auf wie denn diese Kettenreaktion (sei sie noch so langsam...) ausgelöst wurde, wenn Verhaltensänderungen allenfalls Reaktionen auf Verhaltensänderungen sind... Demnach hätten Schriften, Veranstaltungen, Aktionen usw. keine Überzeugunskraft, demnach ist es eigentlich gar nicht möglich, daß z.B. die H.S.-Texte mich dazu

gebracht haben, meinen Ansatz zu revidieren und den Ansatz einer nicht mehr "autonomen" revolutionären Politik zu suchen. Als "Autonomer" hab' ich nämlich viel Kritik gehabt und nie über meinen/unseren Tellerrand hinausgeschaut. Lang genug hab' ich immer wieder versucht Sachen zu verändern, Prozesse in Gang zu setzen usw., aber eben nur intern.

Ich will hier nicht die Kritik an der autonomen Szene wieder aufgreifen, ich teile sie, und sie ist tatsächlich nichts Neues. Es geht auch nicht darum, "die Autonomen" als schon immer durchweg schlecht und verfehlt darzustellen. Doch als RevolutionärInnen müssen wir unsere Strategien an der Realität orientieren, und die ist heute eine andere als noch vor 10 Jahren. Es geht nicht darum, sich von allen Inhalten "autonomer Politik" zu trennen, sondern darum, zu erkennen, daß der Rahmen, den wir dieser Politik gegeben haben, nicht ausreicht, bestimmte Widersprüche, die außerhalb unserer sozio-kulturellen Identität und unserer Lebensformen liegen, zu erfassen. Und in den letzten Jahren hat sich die Anzahl der Menschen mit genau solchen Widersprüchen vergrößert, was Ansatzpunkte für revolutionäre Politik bietet, die nicht in den bekannten "autonomen Rahmen" passt. Es liegt hier an der revolutionären Linken, Formen der politischen Arbeit und Organisierung zu finden, die im Stande sind, jetzt und zukünftig verstärkt zu Tage tretende Widersprüche aufzugreifen. Es geht nicht darum irgendwelche Versprechungen zu machen, sondern einen Rahmen zu schaffen in dem alle Menschen mit Interesse an revolutionären



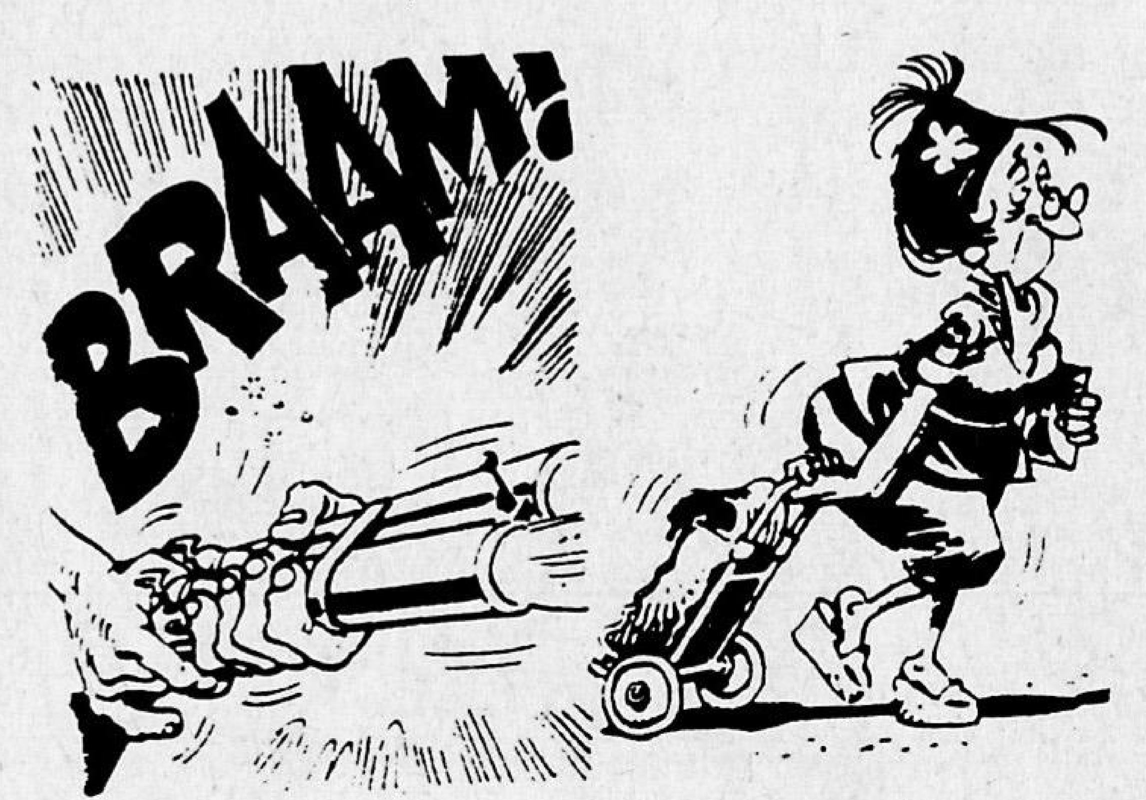




Veränderungen, relativ unabhängig von ihrer sozialen Herkunft, kulturellen Vorlieben und Lebensformen diskutieren, kämpfen und feiern können. Dies schließt nicht aus, daß sie sich auch am Punkt ihrer spezifischen Unterdrückung organisieren.
Einige Punkte in denen Veränderungen notwendig sind, wurden von H.S. und R.B. bereits dargestellt. Ein wichtiger Ansatz ist, "die Widersprüche, die es im bürgerlichen Lager, z.B. bei den Parteien oder in den Medien gibt, durchaus für sich auszunutzen."(R.B.)







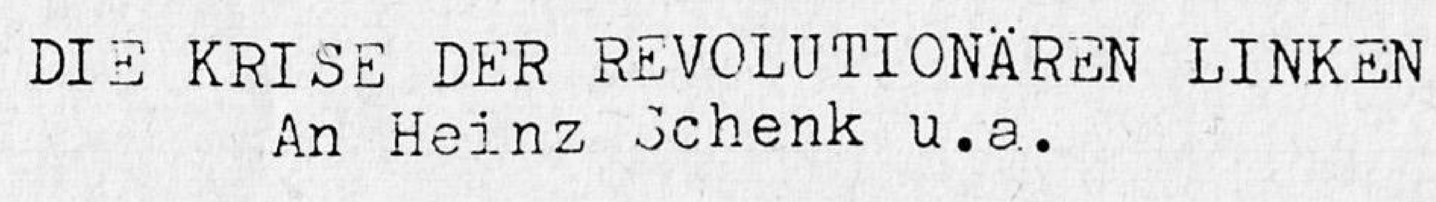
Doch es muß sicherlich noch viel und lang diskutiert werden... da

sich niemand und niefraud einen neuen Rahmen für revolutionäre Politik aus dem Ärmel schütteln kann. Wie ein solcher Rahmen aussieht, weiß ich nämlich natürlich auch nicht genau, und H.S. und R.B. wissen es wohl auch noch nicht, sonst hätten sie es uns bestimmt nicht vorenthalten. Mir geht es darum einen Beitrag zu der Diskussion um "den neuen Rahmen" zu leisten, und ich hoffe, da ich keinen absoluten Anspruch habe, daß es auf der Basis des bisher und weiterhin Diskutierten zu möglichst vielen verschiedenen Ansätzen revolutionärer Politik kommt. So ist die Chance, daß wenigstens einer von ihnen die Widersprüche greifen, und ein reelles revolutionäres Gegengewicht aufbauen wird, um einiges größer.

So long. Fortsetzung folgt bestimmt.
Gruß an Heinz Schenk und Roberto Blanco!

Adriano Celentano und Rita Pavone

P.S.: Zur Gewaltfrage: "By any means necessary" (Malcolm X)

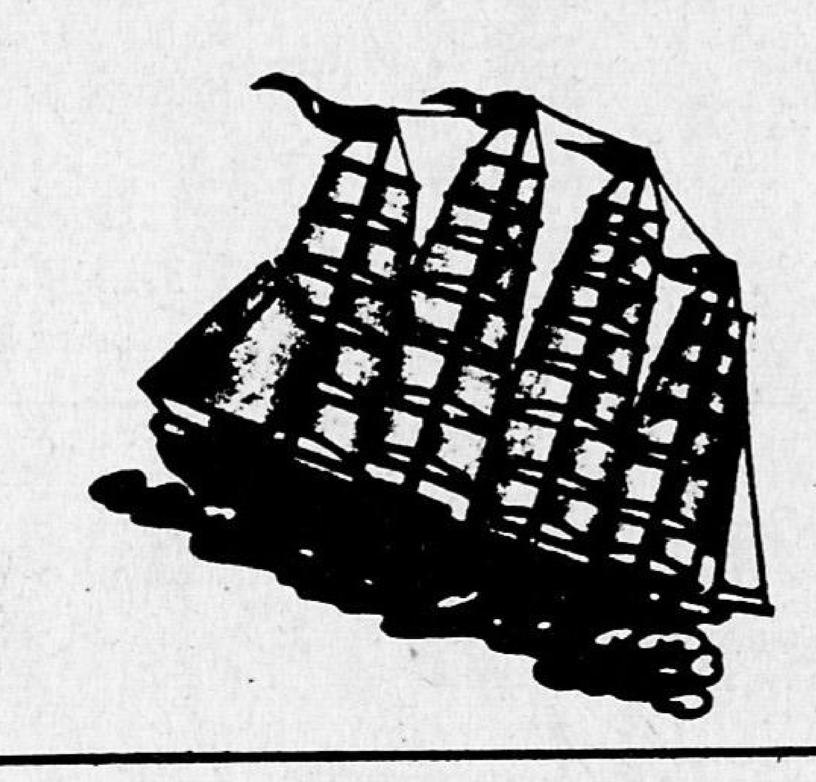


DIE KRISE DER REVOLUTIONÄREN LINKEN
An Heinz Schenk u.a.

Meine Sicht der Dinge ist folgende:Die Kämpfe der Autonomen haben bislang nur verdeckt,was jetzt offenbar wird.Der größte Teil der Autonomen / revolutionären Linken lebt einfach eine diffuse Antihaltung aus,die ebensogut in gänzlich anderen Zusammenhängen zum Tragen kommen könnte.Ein anderer großer Teil versucht über hirnwixerisches Aneinanderreihen vonFremdwortlexikas Anerkennung zu kriegen.Ein großer Teil der Frauen in der Szene versucht über kollektives Lesbisch-werden und/oder Verbot der Lust von Männern zum Ficken ihre eigene,verbotene Lust zu negieren.(Männer heißen ja schon nur noch Typen,sind also sächlich)
Ja ich breche mit Tabus und traue mich zu schreiben was ich fühle, nicht nur was ich denke.(Schön gefiltert nach sexistischen,rassistischen,reformistischen etc. Inhalten)
Wenn ich nämlich was verändern will,dann kann ich das doch immer nur für mich selber tun.Wenn jedeR an sich selber denkt,ist an alle gedacht.
Wenn ich mir angucke wieviel Chancen die Linke hatte und hat- und was daraus Chaotisiert und Veranspruchт wurde krieg ich das Kotzen.
Was tun?
Bei mir selbst anfangen.
1.Was will ich für mich verändern? ("Revolution" vielleicht nur weil ich lieber die Welt als mich selbst verändern will?)
2.Was fühle ich? (Nur die Gefühle sind immer echt)
3.Ehrlich sein! (Statt Bullen,3. Welt,Flüchtlinge u.ä. zu instrumentalisieren,mal die echten Bedürfnisse offen angehen,eigene Schwächen zeigen statt anderen Stärke zu verbieten usw.usf.)

In erwartung eurer Steine
Heidi Brühl





An die gesamte Öffentlichkeit

Wir sind Flüchtlinge, die aus verschiedenen Gebieten der DDR vor faschistischen Angriffen geflohen sind, oder sich gegen die Zwangsverschiebungen in diese Gebiete zur Wehr gesetzt haben.

Entgegen den scheinheiligen Lippenbekenntnissen zu diesen faschistischen Angriffen, haben sich deutsche Linke und einige ImmigrantInnengruppen mit uns solidarisiert.Um unsere Forderungen nach einer menschenwürdigen Unterkunft zu unterstützen, und gleichzeitig um dem faschistischen Terror eine starke antifaschistische Kraft entgegenzusetzen, wurde der dritte Stock des Mathematikgebäudes der Technischen Universität besetzt, und ein Antirassistisches Zentrum gegründet.

Leider hat die Universitätsleitung, ebenso wie vorher die Kirche, uns immer wieder beteuert, daß wir im Grunde ja Recht hätten und sie uns ja unterstützen würden, aber daß die Universität eben nicht die richtige Adresse für unser Anliegen wäre. Sie haben gesagt, daß wir eine andere Unterkunft für uns finden müßten, und um ihr Gewissen zu beruhigen, haben sie uns sogar Räume in der alten Kita der Universität angeboten.
Als wir uns die Räume der Kita angeschaut haben, haben wir festgestellt, daß in diesen Räumen keine 15, geschweige denn 60 Menschen unterkommen könnten. Das haben wir der Universitätsleitung mitgeteilt. In den unzähligen Verhandlungsrunden mit der Universitätsleitung haben wir immer wieder unsere Bereitschaft zum Umzug betont, sobald uns angemessene Räume angeboten würden. Dennoch wurde uns ein Ultimatum gestellt, in dem uns mit der Anwendung des Hausrechts gedroht wurde, falls wir das Gebäude bis zum 13.11. nicht verlassen hätten.

Wir alle haben, aus verschiedensten Ländern kommend, bisher immer betont, daß wir uns gegen den faschistischen Terror gemeinsam und solidarisch wehren werden. Ebenso haben wir nun eine gemeinsame Entscheidung getroffen, daß wir uns keinem Druckmittel und keiner Drohung beugen werden. Um das deutlich zu machen, werden wir am 13.11. in den unbefristeten Hungerstreik treten.

Wir rufen die gesamte demokratische Öffentlichkeit auf, unseren Hungerstreik und unsere damit verbundenen Forderungen zu unterstützen, und stellen diese Forderungen hier noch einmal dar:

Wir werden solange in dem besetzten Gebäudeteil bleiben, und diesen Gebäudeteil verteidigen, bis uns menschenwürdige Unterkünfte angeboten werden !

Wir fordern die Aufnahmegarantie für alle Flüchtlinge , die vor rassistischen und faschistischen Angriffen - die von der deutschen Regierung mitverschuldet werden - nach Berlin geflohen sind, oder sich gegen eine Zwangsverteilung wehren.

Stop den Zwangsverteilungen !

Die in der TU lebenden Flüchtlinge 13.11.91

Liebe Freunde, liebe Freundinnen,

Wir sind eine Gruppe von 80 Flüchtlingen, die seit dem 24.10.91 zusammen mit Unterstützerinnen Räume in der Technischen Universität Berlin (Ernst-Reuter-Platz, Straße des 17.Juni, Mathematikgebäude, Telefon 31421041) besetzt haben.

Wir sind aus Bulgarien, Türkei-Kurdistan, Rumänien, Jugoslawien, Äthiopien, Guinea, Zaire, Afghanistan, Pakistan, Nepal, Iran und dem Irak hierher geflohen.
Ein Teil von uns floh auf Grund von rassistischen Angriffen auf unsere Unterkünfte hierher nach Berlin. Wir nutzen die Räume in der Technischen Universität vorübergehend als Schutzraum vor rassistischen Angriffen und dem Zugriff der Behörden, die uns wieder zwangsweise in die Lager zurückbringen wollen. Ein anderer Teil der BesetzerInnen widersetzt sich den behördlichen Zwangsverteilungen aus Berlin um sich diesen faschistischen Angriffen nicht aussetzen zu müssen.

Wir haben alle in Zusammenarbeit mit Beratungsstellen und AnwältInnen die Erfahrung gemacht, daß die rechtlichen Möglichkeiten in Berlin zu bleiben, bzw. für die nach Berlin Geflüchteten einen legalen Status hier zu erhalten, gescheitert sind.

Deswegen müssen wir uns zusammenschließen und uns über öffentlichen Druck dagegen wehren.

Auf Kundgebungen, Demonstrationen (z.B. am 30.10. Demonstration gegen die Innenministerkonferenz, am 9.11. gegen die Pogrome, am 16.11. zum Tod von Mete Eksi) und Veranstaltungen machen wir unsere Forderungen öffentlich. Am 13.11. sind ein Großteil der Flüchtlinge in einen für 5 Tage befristeten Hungerstreik getreten. Seit dem 18.11. setzt ein Teil der Flüchtlinge den Hungerstreik unbefristet fort. Das alles ist für uns ein politisches Signal an alle, sich nicht mehr länger zu verstecken, sich nicht willkürlich verschicken zu lassen, sondern sich zusammenzuschließen und sich zusammen dagegen zu wehren.

Wir fordern vom Berliner Innensenat:

-Einen sofortigen Stop der Zwangsverteilungen aus Berlin!
-Aufnahmegarantie für alle nach Berlin geflohenen Flüchtlinge!

Wir laden euch ein vorbeizukommen, euch zu informieren und fordern euch auf, uns und unseren Hungerstreik zu unterstützen.
Ihr erreicht uns jeden Tag im Mathematikgebäude in der TU am Ernst Reuterplatz (U-Bahn 1), Straße des 17.Juni.

Redebeitrag des Antirassitischen Zentrums auf der Veranstaltung am 24.11.91 in der Passionskirche Berlin Kreuzberg

Die Kontinuität und Umsetzung rassistischer Asylpolitik ist tagtäglich in den Medien mit Augen und Ohren zu verfolgen:
Der sich weltoffen und multikulturell gebärende CDU-Rhetoriker Heiner Geissler fordert bei jeder sich bietenden Gelegenheit "eine gemeinsam getragene Asylpolitk "(Tsp.10.11.91) aller sogenannten demokratischen Parteien. Geissler zielt dabei in allen Fragen, die nicht die wirtschaftlich dringend benötigte, allerdings kontrollierte Zuwanderung von Arbeitskräften in die BRD betreffen, auf "Flüchtlinge, die aus wirtschaftlichen und sozialen Gründen kommen" (FR 14.11.) und nährt die Mär der unberechtigterweise hierherkommenden Wirtschaftsflüchtlinge.
Schweigen wir an dieser Stelle von den unzähligen Äußerungen anderer Politiker, die von "Ausländern als Gästen" heucheln (Dregger im Stern 43/91) oder von "Massenmißbrauch" des deutschen Asylrechts (Bundespräsident MoPo 12.11.91) wie es ihnen gerade paßt. Den Gipfel der Unverfrorenheit, -nein ! des überlegten Kalküls- hat wohl der Kriminaloberrat im BKA erklommen, der vom "normalen Mißbrauch des Asylrechts... zu Lasten des deutschen Volkes" spricht und der den BürgerInnen rät, dagegen "den Aufstand zu proben" (Stern 43/91). Zwischen solchen Staatsbeamten, die offen zur Ausländerhatz ermuntern und Schlägertrupps, die solche Vorhaben in die Tat umsetzen, -allein im Monat September 500 Anschläge-, ist ein Unterscheid nicht mehr erkennbar.
Rassistische Politik betreiben die Politiker aller Parteien, die wie zum Beispiel die Inen und Sozialminister in Schleswig Holstein, Meckelnburg Vorpommern und auch in Berlin unermüdlich die Flüchtlinge darauf hinweisen, sie hätten sich als Versuchsobjekte zur Erziehung des deutschen Volkes herzugeben, müßten daher den schweren Gang nach Ostdeutschland antreten.
Mittlerweile stehen auch große Teile der Grünen zu einer Politik der Kontingente und fordern Quoten für EinwanderInnen. Sie liefern damit all denen billige Argumente die in einer Art nationalen Konsens von dem vollen Boot reden oder von den Grenzen der Aufnahmekapazität, die dieses Land angeblich erreicht hat.
All diesen Stimmen und Argumentation ist gemeinsam, daß sie im Kern geschlossene und kontrollierbare Grenzen nach außen zur Voraussetzung haben. Damit hämmern sie in die Köpfe der Menschen die Vision einer europäischen Festung, die sich vor "Fluten", "Strömen", und sonstigen gierigen Zugriffen von überall her auf den hiesigen Wohlstand meint schützen zu müssen.
Grenzen sind in dieser Vorstellung immer nur in eine Richtung offen, nämlich für freies Fluten des Kapitals und in die Richtung, die es ermöglicht, Menschen reibungslos abzuschieben.

Die Praxis der Bürgerrechts- , der humanistischen und kirchlichen Organisationen setzt in den Fällen von drohenden Abschiebungen dagegen höchstens ein Signal des schlechten Gewissens. Ein Signal, das versucht, die schlimmsten Auswirkungen einer Asylpolitik, die auf Abschiebepraxis ganz normal aufbaut, zu mildern. Diese humanistischen und kirchlichen Organisationen unterstützen bzw. organisieren es, Menschen zu verstecken, denen die Abschiebung in als "Krisengebiete" titulierte Regionen droht. Aber schon eine Politik entlang der Frage, in wie weit solche Krisengebiete ursächlich mit den profitablen und dabei menschenverachtenden Konzernstrategien und einer ihnen hörigen Wirtschaftspolitik verflochten sind, liegt außerhalb des Horizonts. Andernfalls müßte die grundsätzliche Ablehnung jeglicher Asylpolitik und das Eintreten für offne Grenzen und das Bleiberecht für alle die selbstverständlichste Forderung sein. Leider ist es noch nicht so weit.

Dennoch, wir wollen nicht mißverstanden werden: Abschiebungen von Menschen müssen gestoppt werden. Diese Forderung des humanitären Spektrums ist vorbehaltlos zu unterstützen. Wir begrüßen deshalb allle Anstrengungen und engagieren uns mit unseren Möglichkeiten, um grade in diesen Tagen gegen die demnächst anstehende Abschiebungswelle Widerstand zu leisten.
Allerdings reicht eine Gegenwehr in diesem Bereich der staatlichen Asylpolitik nicht aus. Denn so bleibt der hausgemachte Rassismus in dieser Gesellschaft unbeantwortet, der sich in pogromartigen Angriffen innerhalb der BRD gegen Fremde in unterschiedlichsten Lagen (Flüchtlinge, aber genauso auch ArbeitsmigrantInnen, Menschen nicht weißer Hautfarbe, ImmigrantInnen) austobt. Wer diesem Rassismus als einziger Antwort den Appell an die Flüchtlinge entgegenhält, an Menschen also die dich weigern an unsichere Orte verteilt zu werden oder die vor rassistischen Angriffen geflohen sind, betreibt das Spiel der Rassisten, die von den Flüchtlingen erwarten, daß sie dem enthemmten Rassimus ihre Köpfe hinhalten sollen.
Die Forderungen **Stop der Zwangsverteilung** und **Aufnahmegarantie aller Flüchtlinge an Orten ihrer Wahl** werden bis jetzt von den humanistischen Organisationen nicht mitgetragen - obwohl nur diese Forderungen als politische Antwort auf die aktuelle Verschärfung, der rassistischen Sondergesetze und der rassistischen Mobilisierung verstanden werden können.
Gibt es gegen die Politik der Zwangsverteilung radikalen Widerstand, oder wenigstens Ansätze dazu? Oder, wie weitgehend ist auch eine radikale Linke geprägt vom rassistischen Grundkonsens, auf dem diese Gesellschaft beruht, und den auch Systemoppositionelle verinnerlicht haben und reproduzieren. Wir sind davon überzeugt, daß die Auseinandersetzung um den Rassismus der deutschen Linken notwendig ist. Doch wir wollen diese Auseinandersetzung nicht trennen von den notwendigen Schritten einer antirassistischen Praxis eben dieser deutschen radikalen Linken und erst recht nicht wollen wir zulassen, daß eine Auseinandersetzung um die eigenen Rassismen, bzw. die Einforderung dieser Auseinandersetzung, an die Stelle einer antirassistschen Praxis und eines konkreten Eingreifens in die aktuelle Entwicklung tritt.
Radikale linke Flüchtlingsrbeit darf sich nicht erschöpfen in Paternalismus- bzw. in Funktionalisierungsvorwürfen oder in dem Vorwurf , mensch mache Sozialarbeit, an die Leute, die zur zeit mit Flüchtlingen, die sich wehren und sich organisieren, zusammenarbeiten.
Und wie schon oft wird das notwendige Nachdenken über die eigenen Rassismen bzw. die der eigenen Szene, zu einem Totschlagargument, das den Effekt hat, vorsichtshalber jeder Auseinandersetzung und partiellen Zusammenarbeit mit Migrantinnen und Flüchtlingen aus dem Weg zu gehen. Sicher ist: Wer mit Flüchtlingen und Migrantinnen zusammenarbeitet, wird dabei böse auf eigene Rassismen stoßen und zum Teil grobe Fehler machen.

Doch jetzt zu den einzelnen Vorwürfen, mit denen die Flüchtlinge in der TU und die UnterstützerInnen konfontiert werden

Da ist der Vorwurf, die sogenannte Flüchtlingsarbeit sei das neue Lieblingskind der Autonomen. Das heißt, daß die Versuche konkret zu intervenieren gegen die staatliche Politik der Verschleppung und Zwangsverteilung und der Versuch, mit Flüchtlingen, die nach Berlin geflohen sind, zusammenzuarbeiten, interpretiert wird als Anpassung an autonome Modevorstellungen. Nachzulesen ist das in der interim(No.168,S.6) von Anfang November, wo gleich in den ersten Sätzen eines Beitrages zur autonomen Flüchtlingspolitik und zur TU-Besetzung jede Hoffnung auf eine neue radikale

Organisierung genommen wird, da ja Ansätze radikaler Flüchtlingspolitik zu Beginn und Mitte der 80er Jahre nicht breit aufgegriffen worden sind.
Das stimmt: nur wenige Gruppen machen kontinuierlich linksradikale Flüchlingsarbeit. Viel Arbeit liegt seit ca. 1987 brach. Wir halten einen Rückgriff auf schon gemachte Erfahrungen für notwendig, für eine Neuorganisierung autonomer Flüchtlingsarbeit ist es höchste Zeit.
Ein zweiter Vorwurf ist, die praktische Auseinandersetzung mit Flüchtlingen nicht nur als reines Modegebaren zu brandmarken, sondern als Funktionalisierung der Flüchtlinge zu denunzieren. Ein Vorwurf im übrigen, der ihre Verfasser mit verschiedenen Berliner PfarrerInnen, mit Heckelmann und mit anderen Autonomenhassern verbindet. So wurde von verschiedenen Seiten UnterstützerInnen vorgeworfen, die Flüchtlinge z.B. zu ihrem Hungerstreik überredet zu haben. Hinter dieser Unterstellung steht die Vorstellung, daß die Flüchtlinge sich wohl nicht selbst dieses letzten Kampfmittels politisch Unterdrückter entsinnen und auch nicht in der Lage seien, gemeinsam einen Hungerstreik zu organisieren. Was für eine krasse Fehleinschätzung der realen Situation!
Laßt uns endlich den Widerstand, die Kämpfe und die Selbstorganisierung von Flüchtlingen und Migrantinnen wahrnehmen! Es geht uns darum, diese Ansätze strukturell und politisch zu unterstützen und eine eigene politische Praxis dazu zu entwickeln.
Zum Vorwurf der Sozialrbeit: Wir gehen davon aus, daß in der Selbstorganisierung der Flüchtinge und und der unterestützungsarbeit von Migrantinnen und von autonomen Gruppen eine politische Organisierung mit sozialer Organisierung zusammengeht. Flüchtlinge, die sich der Zwangsverteilung widersetzen, weden aus der staatlichen Mindestversorgung gekickt. D.h. die müssen ihren gesamten sozialen Alltag- Wohnen, Finanzierung, Versorgung neuorganisieren. Das bedeutet für UnterstützerInnen tatsächlich sich auch um existentielle Dinge kümmern zu müssen. Darin liegen aber auch Chancen wenn nicht so wenig Unterstützung kommt, daß Flüchtlinge und Unterstüzterinnen allein in der sozialen Organisierung völlig untergehen. Im Falle mangelnder Unterstützung liegt das aber eben nicht allein an den Unterstützergrupen, sondern eben auch an jenen KritikerInnen deren Phantasie sich in Kritikpapieren und Vorwürfen erschöpft
Schwieriger ist der Paternalismusvorwurf: es stimmt, daß die Bevormundung und Entmündigung aller nicht fließend deutsch sprechenden und denkenden Menschen ein rassistischer Standard ist, der auch unser Handeln zum Teil bestimmt. Und es stimmt, daß es bei der Unterstützung von kämpfenden Flüchtlingen immer den Widerspruch zwischen solidarischer Hilfe auf der einen Seite, und Bevormundung auf der anderen Seite geben wird. Denn natürlich fordern die Flüchtlingen von uns politische Einschätzungen und Strategien.
Ziel ist es für uns die Selbstorganisierung der Flüchtlinge zu unterstüzten, in Kontakt und Auseinandersetzung mit Ihnen zu bleiben, auf allen Ebenen den rassitischen Konsens anzugehen und konsequente antirassistische und antifaschistische Arbeit zu betreiben.

Stop der Zwangsverteilungen aus Berlin !

Freie Wahl des Aufenthaltsortes für alle Flüchtlinge !

Bleiberecht für Alle !

Presse-Erklärung einer Gruppe von Flüchtlingen

z.Zt. HGU Schwalbach

Sehr g. Damen und Herren

wir, Transferverweigerlnnen und Rückkehrerlnnen aus der Ex-DDR befinden und seit heute, 18.11.91, 00.00 Uhr im Hungerstreik

In unserem offenen Brief vonm 1.11.91 an Frau Blaul baten wir um eine schnellstmögliche Lösung unserer Probleme und haben darin unsere Forderungen mitgeteilt.
Da wir bis heute keine Reaktion auf den Brief haben, haben wir uns entschlossen, mit dem Mittel Hungerstreik unseren berechtigten Forderungen Nachdruck zu verleihen.

Unsere Forderungen sind folgende:

- eine schriftlich garantierte Zusage, daß wir und **alle**, die ihren Tranfer in die Ex-DDR verweigert haben oder von dort zurückgeflohen sind, hier in Hessen bleiben können.
- baldmöglicher Transfer innerhalb Hessens für alle diese Personen
- eine schriftliche Zusage, daß diejenigen, denen die Aufnahme in Schwalbach verweigert wurde, nachdem Iksie aus der Ex-DDR geflohen waren und die daher in die Illegalität abtauchen mußten, außerdem wieder ins Asylverfahren aufgenommen werden.
- das sofortige Recht auf sämtliche Sozialleistungen, die uns zustehen:
  a) sofortiges Taschengeld für alle und nicht nur für einige
  b) Winterkleidung und warme Decken für alle
  c) das Recht darauf, daß Kinder und Erwachsene eine Schule besuchen können
  d) Übernahme der Taxikosten für Arztbesuche
- sofortige Arbeitserlaubnis für alle
- **sofortigen Transferstop in die Länder der Ex-DDR!!!**

Mit f. Grüßen

63 Flüchtlinge in Schwalbach aus dem Iran, aus der Türkei, aus Afghanistan, Indien, Pakistan, Äthiopien, Bangladesh und Algerien.

BESETZUNG VON FU-RÄUMEN IN DER ROSTLAUBE

Seit dem 24.Oktober haben Flüchtlinge zusammen mit UnterstützerInnen den 3.Stock des TU-Mathegebäudes besetzt und dort ein Antirassistisches Zentrum eingerichtet. Die Flüchtlinge waren vor den rassistischen Angriffen und dem alltäglichen Terror in Ostdeutschland nach Berlin geflohen. Aber immer noch gehen die Zwangsverteilungen von Berlin aus in die neuen Bundesländer gegen den Willen der Flüchtlinge weiter.

Deswegen befinden sich die Flüchtlinge im Antirassistischen Zentrum seit dem 13. November im Hungerstreik, um ihre Forderung nach Bleiberecht in Berlin und freier Wahl des Aufenthaltsortes durchzusetzen.

Um diese Forderungen zu unterstützen und eine breite Öffentlichkeit für den Hungerstreik zu schaffen, haben wir, StudentInnen der FU, am 18. November das ehemalige Bafög-Amt, neben der Rostlauben-Cafeteria gelegen, besetzt.

Bislang wurde an der FU zum eskalierenden Terror auf den Straßen und dem staatlichen Rassismus mehr oder minder beharrlich geschwiegen.
Daher werden von den besetzten Räumen weitere Aktionen zur Unterstützung der Flüchtlinge ausgehen, auch um Studierende und DozentInnen der FU dazu zu bringen, Stellung zu beziehen.

Am Dienstag wird es um 14 Uhr im Hörsaal 1a/b eine Uni-Vollversammlung zu dem Thema geben.

Ansonsten ist unser Info-Cafe eine Anlaufstelle für alle, die sich informieren wollen oder mitarbeiten, um die Forderungen der Flüchtlinge konkret zu unterstützen. Sowohl hier, als auch im Anti-Rassistischen Zentrum an der TU werden noch neue Leute gebraucht und sind jederzeit willkommen. Also kommt vorbei!

SOLIDARITÄT MIT DEM HUNGERSTREIK DER FLÜCHTLINGE

AUFNAHMEGARANTIE FÜR ALLE FLÜCHTLINGE

STOP DER ZWANGSVERTEILUNGEN

WEG MIT DEN „AUSLÄNDERGESETZEN"

Jeden Tag *Plenum um 20 Uhr (Foyer des ehemaligen Bafög-Amtes)*

Demonstrations-Redebeitrag der Flüchtlinge in Kiel, 9. November

Wir sind Flüchtlinge verschiedener Nationalitäten,die in die Schalomkirche gekommen sind.Wir wurden politisch verfolgt und wollten nicht länger Opfer der Gewalt sein-deshalb verließen wir unsere Heimatländer.

In unseren Herkunftsländerngehören viele von uns zu Minderheiten,und wir mußten gegen unmenschliche und ungerechte Behandlung kämpfen.Für uns ist es eine menschliche Pflicht,das zu ändern,was ungerecht ist.Das ist der Grund,warum wir verfolgt wurden-wir kämpften für die grundlegenden Menschenrechte.

Als Verfolgte kamen wir nach Schleswig-Holstein,um Asyl zu beantragen.,in der Hoffnung,hier unsere schlechten Erfahrungen vergessen zu können.Wir kamen hierher mit unseren Familien und Kindern und waren voller Hoffnung.Doch auch hier fanden wir bisher nicht die Sicherheit,die wir suchten.

Bereits vor unserem Transfer nach Greifswald hatten wir von der Situation in den 5 neuen Bundesländern gehört;über die Medien,von anderen Flüchtlingen,die angesichts der ständigen Angriffe zurückgekehrt waren,von Freunden und von Verwandten.Wir wußten um die vielen und massiven Angriffe,wir wußten,daß Menschen sogar getötet worden waren.

Deshalb weigerten wir uns,in die Ex-DDR zu gehen,obwohl die Regierung dies anordnete.

Deshalb gingen wir in die Anscharkirche.Wir wollten solche schrecklichen Erlebnisse nicht durchmachen.

Während unseres 45-tägigen Aufenthaltes in der Kirche versuchten wir,unsere Motivation in der Öffentlichkeit zu vermitteln.Wir wollten nicht zu einem abschreckenden Beispiel für eine Tragödie in der Ex-DDR werden.

Einige der Flüchtlinge,die zu uns in die Kirche kamen,waren in der Ex-DDR gewesen.Sie kamen zurück,denn sie wurden angegriffen und geschlagen.

Trotzdem weigerte sich die Regierung,die wachsende Gefahr in der Ex-DDR wahrzunehmen.Hingegen begann die Regierung,Druck auf uns,die wir als Asylsuchende ungeschützt und rechtlos sind, auszuüben.

Die Regierung änderte ihre starre Haltung in der Transferpolitik nicht,um ihr Gesicht in der Öffentlichkeit nicht zu verlieren. Anstatt uns als Menschen anzunehmen, klammern sie sich an Regeln und Bestimmungen.

Unsere Proteste waren nutzlos.Man sagte uns,es gebe diese sog. gemeinsame Lösung,die für uns hieß: zurück nach Greifswald.Die Anscharkirche spielte die Tatsache , daß die Faschisten öffentlich angekündigt hatten, daß sie uns angreifen würden herunter. Die Landesregierungen von Schleswig-Holstein und Mecklenburg-Vorpommern ignorierten die bedrohliche Situationen vollständig.

Wir mußten diese Lösung akzeptieren,weil die Kirche damit drohte,das Gebäude ansonsten polizeilich räumen zu lassen.Wir verließen die Kirche gegen unseren Willen,denn wir wußten in Greifswald würden wir Zielscheibe für faschistische Angriffe sein.Und bereits 6 Tage nach unserer Ankunft wurden wir zu einem weiteren Beispiel für die tragischen Ereignisse in der Ex-DDR. Zuerst wurden wir von einem Mob von etwa 150 Faschisten angegriffen! Sie warfen Steine und schossen mit Gaspistolen und Leuchtkugeln.Zu diesem Zeitpunkt war keine Polizei da.um uns zu schützen.Sie traf erst eine halbe Stunde später vor dem Haus ein.Später gab es einen zweiten Angriff beidem sich 100 Faschisten beteiligten. Der erste Angriff passierte so schnell,daß wir die Tür nicht richtig verschließen konnten.Wir mußten uns mit unseren Körpern gegen die Tür werfen,um den rasenden Mob daran zu hindern, sie zu durchbrechen.

Über einen der anwesenden UnterstützerInnen aus Neumünster einen Vertreter von amnesty international, sandten die Flüchtlinge einen Hilferuf an den Pastor der Anscharkirche. Der jedoch bot keinerlei konkrete Hilfe an. Daraufhin telefonierten wir mit anderen UnterstützerInnen, die sofort einen Konvoi organisierten, um uns abzuholen. Sie waren es, die unser Leben und das unserer Kinder gerettet haben. Sie verhielten sich äußerst menschlich.
Diederich;der Innenminister von MVP, nannte das "politisches Kidnapping".
Nach unserer Ankunft in der Anscharkirche gegen 11 Uhr hieß uns Pastor Möbius willkommen. Er sprach uns sein Bedauern über die Geschehnisse aus. Nachmittags gab es ein Treffen zwischen der Kirche und der Landesregierung von S-H. Abends gegen 23 Uhr kam eine Person nach draußen und übergab uns die Entscheidung des Kirchenvorstands. Diese Erklärung machte es klar, daß wir nicht willkommen waren und daß wir nach Greifswald zurückkehren sollten. Sie sagten sie würden bedauern, daß wir so schnell zurückgekehrt seien.
Sie sagten nicht, das sie bedauerten, das wir angegriffen wurden. Niemand hat uns gefragt, was wir durchgemacht haben.
Es ist schon interressant zu beobachten, wie sich menschliche Werte an einem einzigen Tag verändern können. Wir haben die Realität der EX DDR erfahren. Wir haben Diederichs Kommentare gehört und gelesen und wir wissen, was wir weiter in M-VP zu erwarten haben. Wir beschließen unsere Stellungnahme mit einem Apell an ihr Gewissen.
Das ist ein Zitat Henry David Thoreau.
"Das sind ungerechte Gesetze. Sollen wir uns damit zufrieden geben, sie zu befolgen, oder sollen wir es auf uns nehmen, sie zu verbessern und sie solange befolgen, bis wir es geschafft haben sie zu verändern, oder sollen wir nicht solche Gesetze sofort übertreten?



Autonome Unterstützungsarbeit für die Flüchtlinge in Norderstedt

Solidarität ist eine Waffe

Am 12.9.91 besetzte eine Gruppe von ca 70 Flüchtlingen verschiedener Nationalitäten die Anscharkirche in Neumünster, um gegen ihre drohende Verschiebung in die EX-DDR zu kämpfen. Aus dieser Situation heraus entstand Unterstützungsarbeit von hauptsächlich autonomen Gruppen, die auch nach der Verschiebung der Flüchtlinge nach Greifswald, ihre Rückkehr nach Neumünster und jetzt in der Schalom-Kirche in Norderstedt anhält.

Zu unserer Arbeit wollen wir einiges sagen:

Wir sind Männer/Frauen, die zum Teil schon seit vielen Jahren autonome antifaschistische Arbeit machen..

Ein Teil dieser Arbeit ist der Kampf gegen rassistische und faschistische Strukturen. Zum einen gegen offene Strukturen (NPD, FAP, NF, DVU, REP, Wiking Jugend...), sowie faschistischen Straßenterror, zum anderen gegen verdeckte Strukturen (AusländerInnengesetz, Asylgesetz, Unitarier,..). Gemeint sind faschistische Tendenzen/ Strukturen innerhalb dieser Gesellschaft, die von der Regierungspolitik geschürt und forciert werden. Unsere Arbeit lief isoliert ab, das heißt, die Gruppen bestanden im wesentlichen aus deutschen Frauen und Männern. Punktuell gab es Verbindungen zu MigrantInnen/ Flüchtlingen , wie z. Bsp. Unterstützung bei laufenden Asylverfahren oder/und bei zunehmendem faschistischen Straßenterror. Die gemeinsame Basis des Letztem ist "Gemeinsam gegen Nazis". Die bisherige Flüchtlingsarbeit entstand mehr aus einem persönlichen Kennen der Menschen.

Was sich in den letzten Monaten verändert hat, ist, daß wir aus dem Theoretischem Anspruch heraus, mit Flüchtlingen/MigrantInnen zusammenarbeiten zu wollen, erst jetzt verstärkt anfangen, dies in die Praxis umzusetzen. Ansätze sind z.B. gemeinsame Treffen und Zusammenarbeit mit MigrantInnen-/Flüchtlingsgruppen, Unterstützung beim Schutz von Flüchtlingsheimen im Hinblick auf Selbstorganisierung der Flüchtlinge, mehrsprachige Flugblätter, usw.

Diese Ansätze zu einem praktischen Verhalten, dieses sich-herantasten wurden von der Besetzung der Anscharkirche in Neumünster überrollt. Plötzlich waren da viele Flüchtlinge, die einen Kampf direkt vor unserer eigenen Haustür aufgenommen haben. Es ging nun nicht mehr darum, abstrakt-theoretisch zu überlegen, wie wir auf Flüchtlinge zugehen sollten, wie Flüchtlingsarbeit aussehen könnte, sondern es ging um konkrete praktische Unterstützung, politisch, aber auch Organisierung des Alltags in der Kirche (Verpflegung, Kleidung etc. besorgen). Es gibt einen Zusammenschluß von - Flüchtlingen, die für sich einen Kampf begonnen haben, indem sie für sich bestimmt haben, was sie wollen, nämlich nicht in die Ex-DDR. Dazu sagen die Flüchtlinge:

"Und wir sagten,'Keine Abschiebung in die Ex-DDR'. Dies war die Parole, unserer Botschaft, die wir versucht haben an die Menschen weiterzutragen, nämlich die Gefahr des drohenden Faschismus in der Ex-DDR." "Wir müssen der Regierung nichts beweisen, denn der Prozeß unseres Handelns ist das natürliche Ergebnis einer verfehlten Abschiebepolitik der Regierung."

Ansatzpunkte für unsere Solidarität sind: Die Kirchenbesetzung ist ein Ausdruck davon selbstbestimmt Leben und Handeln zu wollen, sich nicht nur für die eigenen sondern für die Interessen Vieler auch über diese Gruppe hinaus einzusetzen. Selbstbestimmtes Handeln ist in dieser Gesellschaft nicht erwünscht. Gruppen, die für ihre Interessen kämpfen, stehen erstmal alleine da und sind auf Unterstützung angewiesen, auch im Bezug auf zu erwartende Repression. Das ist bei unseren Kämpfen nicht anders als jetzt bei den Flüchtlingen.

Gründe, warum Menschen aus ihren Herkunftsländern fliehen müssen, und sie alle haben berechtigte Gründe, hier aufgenommen zu werden. Die Verantwortung für die Situation in den Herkunftsländern trägt u.a. auch die BRD (z.B. Waffenexporte in die Türkei zur Vernichtung der kurdischen Bevölkerung; sogenannte Entwicklungshilfe mit Auflagen, die die wirtschaftliche Struktur der Länder zerstören und Abhängigkeiten schaffen). Aber es ist nicht allein das selbstbestimmte Handeln, sondern steht natürlich im Zusammenhang mit ihren Inhalten. Die gemeinsame Basis zwischen den Flüchtlingen und uns ist, gemeinsam gegen Rassismus zu kämpfen.

Die Forderung, nicht in die Ex-DDR gehen zu wollen, ist für uns diskutierbar, denn auch hier gibt es faschistischen Terror, Anschläge auf Unterkünfte von Flüchtlingen, Angriffe gegen MigrantInnen auf offener Straße, insgesamt vielleicht sogar noch mehr als in der Ex-DDR. Der Unterschied zur Ex-DDR ist jedoch, daß es in der BRD

- besser ausgebaute antifaschistische Strukturen gibt
- AnwältInnen, die sich mit der Asylgesetzgebung auskennen
- DolmetscherInnen
- und, daß die Bereitschaft der Bevölkerung, sich offen rassistisch zu verhalten noch nicht so ausgeprägt ist. Aufgrund der genannten Unterschiede zur Ex-DDR unterstützen

STAATLICHER RASSISMUS LIEFERT FLÜCHTLINGE ANS MESSER FREIE WAHL DES AUFENTHALTSORTES FÜR ALLE!

wir die Forderung der Flüchtlinge, wir würden sie jedoch auch unterstützen, wenn es diese Unterschiede nicht gäbe, DENN JEDER MENSCH HAT DAS RECHT, SEINEN/IHREN AUFENTHALTSORT SELBST ZU BESTIMMEN!

Wir wissen um die Situation der MigrantInnen in dieser Gesellschaft, daß sie als unterste Stufe in der Hierarchie wie der letzte Dreck behandelt werden. Wir wissen um die

Diederich: Gefahr von links

Ferngelenkte Asylbewerber

Autonome an die Macht

Süppchen Kocher

Staatsanwalt ermittelt gegen Asylbewerber

Ordnungswidrigkeit von Flüchtlingen und Helfern geprüft
Berliner Polizei kritisiert ihre Greifswalder Kollegen

„Sturm" auf Greifswalder Asylantenheim weckt Zweifel:

Flucht-Motiv nur inszeniert?

Asylanten – aufgehetzt von linken Radikalen?

Flucht der Asylbewerber angeblich von Linksradikalen geplant

Innenminister Diederich spricht von lange vorbereitetem Szenario

Hafenstraße bislang nicht beteiligt

Autonome waren Drahtzieher der Asylanten-Flucht

Verstörte, mit deren Angst gespielt wird

Was uns in der Presse immer vorgeworfen wird, ist, daß wir die Flüchtlinge für unsere Kämpfe funktionalisieren würden.
Dazu schreiben die Flüchtlinge in ihrer Erklärung:
"Die gut organisierte Abschiebepolitik der Regierung mußte durch unseren Widerstand eine Pause einlegen. Viele Menschen konnten sich nicht vorstellen, daß solche Menschen, die das schwächste Glied in der gesellschaftlichen Kette sind, sich eine eigene Meinung bilden, sich ihre eigenen Rechte nehmen und der Ungerechtigkeit widerstehen. Aber die Regierung erkannte die Tatsache, daß die Flüchtlinge es wagen, "STOP" zu sagen. Deshalb behandelte die Regierung diesen Widerstand sehr ernst und sie fingen an, ungerechte Strategien und Taktiken gegen Flüchtlinge, die ungeschützt sind, anzuwenden. Denn jede Veränderung würde einen Rückschritt bedeuten oder eine Veränderung in der Abschiebepolitik der Regierung. So daß sie die Schuld auf die UnterstützerInnen, die AntifaschistInnen sind, schieben. Sie versuchen den Eindruck in der Öffentlichkeit zu erwecken, daß die Flüchtlinge nur das Instrument von extremistisch politischen Gruppen sind. Sie wußten, daß sie die Presse und die Medien leicht benutzen können, und sie taten es. Mit Hilfe der Medien zeichneten sie ein Bild vom geistig armen, schwachen, unnützen Charakter der Flüchtlinge."

Unsere Unterstützung sieht so aus, daß wir Einschätzungen von uns abgeben, die Flüchtlinge dies auch fordern, weil wir die Situation und die Bedingungen in der BRD länger kennen. Für die Flüchtlinge ist dies von Bedeutung, weil es in ihre Entscheidungsprozeße einfließt. Die endgültigen Entscheidungen treffen die Flüchtlinge selbst, über den gewählten Flüchtlingsrat, nach Rücksprache und Diskussion mit den einzelnen Sprachgruppen. Danach richtet sich auch unsere Unterstützungspolitik. Darüberhinaus besorgen wir DolmetscherInnen, sorgen für einen Informationsfluß/-austausch in andere Gruppen, die sich solidarisch verhalten wollen, machen Veranstaltungen, Spendenaktionen usw. usw.

Die Flucht der Flüchtlinge aus der Ex-DDR ist kein Einzelfall, sondern hat inzwischen Ausmaße angenommen, die Politiker bereits von der "Gefahr von Flüchtlingsbewegungen innerhalb der EG-Binnengrenzen" sprechen lassen.
Mittelerweile sind ca. 8000 (!!) Flüchtlinge aus den ostdeutschen Notunterkünften in die westlichen Bundesländer oder sogar ins Ausland geflohen. Einzig in Nordrhein-Westfalen besteht ein Schutz vor Abschiebung nach Sachsen, welcher gerichtlich gegen die Landesregierung durchgesetzt wurde (Entscheidung vom 10.10.91, OVG Münster). Damit ist zum ersten Mal die mangelnde Sicherheit als Fluchtgrund anerkannt worden. Laut einer Mitteilung von Pro Asyl vom 11.11.91 hat auch "das Land Hessen eine Lösung gefunden, die auch auf die Flüchtlinge aus Greifswald in ihrem Land angewandt werden sollte: Flüchtlinge, die Opfer von Gewalt waren, werden wieder in Hessen aufgenommen...".
Der Status der Flüchtlinge aber bleibt ungewiss. Trotzdem – und obwohl sie auch hier in zunehmendem Maße Übergriffen und Anschlägen ausgesetzt sind – ziehen die meisten eine Unterkunft im Westen vor.
Die meisten dieser 8000 "Doppelflüchtlinge" wehren sich eher individuell durch Untertauchen im Westen. Doch der gemeinsame Kampf der Flüchtlinge in der Schalom-Kirche in Norderstedt ist kein Einzelfall, es gibt weitere Kämpfe und sie stehen in einem Zusammenhang:
– in Berlin haben 60 Flüchtlinge, viele aus Hoyerswerda, einen Teil der Technischen Universität (TU) besetzt. Ihre Foderungen sind Bleiberecht in Berlin und gemeinsame Unterbringung in einem Haus. Aus ihrer letzten Erklärung:
"Wir werden solange Widerstand leisten, bis unsere Forderungen verwirklicht werden".
Die Flüchtlinge in Berlin stehen unter akutem Räumungsdruck. Deswegen und wegen des Nichtverhaltens des Berliner Senats haben sie für Mittwoch, den 13.11., den Beginn eines unbefristeten Hungerstreiks bis zur Erfüllung ihrer Forderungen angekündigt.
– In Frankfurt befinden sich ca. 30 Flüchtlinge aus Sachsen und Thüringen seit einiger Zeit im StudentInnenhaus. Die Flüchtlinge waren in der Ex-DDR untergebracht, flohen aber aufgrund der massiven faschistischen und rassistischen Angriffe gegen sie nach Westdeutschland. Die zuständigen Lager in der BRD verschlossen aber ihre Türen und weigerten sich, die Flüchtlinge aufzunehmen. Im gegenteil – sie drängten die Flüchtlinge darauf, wieder zurückzukehren. Darauf suchten die betroffenen Flüchtlinge außer bei Verwandten und FreundInnen Zuflucht im StudentInnenhaus.
Auch in diesem Punkt wollen wir uns mehr auf andere UnterstützerInnengruppen beziehen, weil es ein gemeinsamer Kampf ist.

SOLIDARITÄT IST EINE WAFFE!
BLEIBERECHT FÜR ALLE!
FÜR OFFENE GRENZEN!
KEINE ABSCHIEBUNG IN DIE EX-DDR!

EINIGE AUTONOME UNTERSTÜTZER/INNEN
AUS DER SCHALOM-GEMEINDE

P.S. Dieses Flugblatt versucht, unseren jetzigen Diskussionsstand widerzuspiegeln. Es ist nichts fertiges, es gibt viele Punkte, an denen wir unbedingt weiterdiskutieren müssen.

Spendenkonto für die Flüchtlinge:
Perschewski
Konto-Nr. 635806-208
Postgiroamt Hamburg

V.i.S.d.P.: O. Grenzen, Bleiberechtstr., 2000 Norderstedt

Stop der Zwangsverteilungen von Flüchtlingen aus Berlin
Aufenthaltsgarantie in Berlin für alle vor rassistischen Angriffen geflohenen Flüchtlinge

Waterloo-Ufer, Ausländerpolizei Berlin, Anfang Oktober 1991: 50 Flüchtlinge warten auf die Busse, die sie in eine ehemalige NVA-Einrichtung nach Eisenhüttenstadt, dem zentralen Sammellager für 600-800 Flüchtlinge in Brandenburg bringen sollen. Einige Flüchtlinge verweigern ihre Zwangsverteilung aus Angst vor rassistischen und faschistischen Angriffen und aufgrund fehlender Infrastruktur in den neuen Bundesländern. Sie werden mit Handschellen in eine nahegelegene Polizeiwache abtransportiert. Nach einem Tag Gefangenschaft werden sie nach Eisenhüttenstadt verschleppt.
Dies ist nur ein Beispiel für die alltägliche staatliche Willkür und Repression, mit der Flüchtlinge in Deutschland konfrontiert sind. Für die meisten Menschen mit einem deutschen Paß und weißer Hautfarbe bleibt die tägliche Erniedrigung und Entrechtung der Flüchtlinge genauso unsichtbar, wie ihre Bedürfnisse, ihre Forderungen und ihr Widerstand.

Widerstand von Flüchtlingen gegen Zwangsverteilungen

Seit Anfang Dezember 1990, als die Zwangsverteilung von Flüchtlingen laut Einigungsvertrag auch in die neuen Bundesländer begann, hat der Widerstand der Flüchtlinge gegen diese Praxis massiv zugenommen.
Frankfurter Rundschau, 21.12.90: "105 von 150 Afrikanern und Indern hatten nach einem dreitägigen Aufenthalt in einer ehemaligen russischen Kaserne bei Halberstadt in Sachsen-Anhalt wegen der dort herrschenden, aus ihrer Sicht unhaltbaren Zustände, auf eigenen Faust den Zug bestiegen, und waren zurück zur hessischen Gemeinschaftsunterkunft nach Schwalbach (bei Frankfurt) gefahren."
Seitdem wehren sich Flüchtlinge in Schwalbach, u.a.mit Hungerstreiks und Sitzblockaden, gegen ihre Zwangsverteilung in die neuen Bundesländer. Täglich stehen 60-70 Flüchtlinge, die aus Heimen und Lagern in den neuen Bundesländern geflohen sind, vor dem Lager.
In Neumünster kämpft eine Gruppe von 70 Flüchtlingen seit dem 13.9.91 gegen ihre Zwangsverteilung. Nach einer sechswöchigen Kirchenbesetzung wurden die Flüchtlinge gezwungen, ihrer Zwangsverteilung nach Greifswald (Mecklenburg-Vorpommern) zuzustimmen. Dort wurden sie nach nur einer Woche von ca. 200 Faschisten angegriffen. Die Flüchtlinge begannen daraufhin geschlossen ihre zweite Flucht nach Neumünster, wo sie weiterhin gegen eine erneute Zwangsverteilung Widerstand leisten.



Eine größere Gruppe von Flüchtlingen aus Hoyerswerda entschloß sich nach den Pogromen Ende September zur Flucht nach Berlin. In Berlin kämpften die Flüchtlinge erfolgreich für ihr Aufenthaltsrecht und gegen eine erneute Zwangsverteilung - sowohl in die neuen als auch in die alten Bundesländer.
Seit dem 24.10.91 hält eine ständig wachsende Gruppe von inzwischen 80 Flüchtlingen Räume der Technischen Universität in Berlin besetzt, um ihren Widerstand gegen ihre Zwangsverteilung öffentlich sichtbar zu machen, und für eine Aufenthaltsgarantie für alle Flüchtlinge in Berlin zu kämpfen.

Schon am 8.3.91 forderte Magdeburgs Oberbürgermeister und Präsidiumsmitglied des Deutschen Städtetages, Willi Polte, - laut Frankfurter Rundschau vom 9.3.91 - die Zuweisung von Asylbewerbern in die neuen Bundesländer sofort auszusetzen. (...) Derzeit seien hierfür weder die verwaltungstechnischen Grundlagen, noch eine juristische Betreuung der Flüchtlinge gewährleistet.

In den Berichten der aus den neuen Bundesländern nach Berlin geflohenen Flüchtlinge (Doppelflüchtlinge), betonen die Flüchtlinge zum einen die Angst um ihr Leben aufgrund rassistischer und faschistischer Angriffe. Zum anderen beschreiben sie die fehlende Infrastruktur. Im Unterschied zu den alten Bundesländern werden die meisten Flüchtlinge in den neuen Bundesländern in ehemaligen militärischen Einrichtungen und Kasernen, wie in Eisenhüttenstadt, untergebracht, die sich oft außerhalb und in großer Entfernung von Ortschaften befinden. Diese Lage begünstigt Angriffe und führt zu sozialer Isolation der Flüchtlinge.

Eine Gruppe von acht Bengalen berichtet aus Eisenhüttenstadt:
"Wir verlassen fast nie das Lager, nur zum Einkaufen und um zur Post zu gehen. In den Läden werden wir von Kindern mit Coladosen beworfen; die Leute starren uns an; wir werden wie Tiere behandelt. Kinder machen Drohungen mit Zeichensprache, z.B. Kehle durchschneiden."
Ein Mann aus Äthiopien erzählt aus Meißen:
"Noch bevor ich von Chemnitz nach Meißen verteilt wurde, sagten mir Leute, daß Meißen keine gute Stadt sei. Wegen meiner Hautfarbe rieten mir Leute, überhaupt nicht in die Stadt zu gehen. Bis ich nach Berlin geflohen bin, habe ich das Lager nie verlassen."
Das Containerlager in Meißen liegt weit außerhalb der Stadt in einem Waldstück mit nur einer Zufahrtsstraße. Nach 16:00 Uhr verläßt der deutsche Heimleiter das Lager; Schutz und öffentliche Telefonzellen existieren nicht. Bei einem faschistischen Angriff auf das Containerlager verbrannte der größte Teil des Eigentums der 40 dort lebenden Flüchtlinge.

Die Lager aus Angst vor Angriffen nicht verlassen zu können, bedeutet für die Flüchtlinge z.B., daß sie keine Sprachkurse außerhalb der Lager besuchen können - selbst wenn es sie gäbe. Kindern ist der Schulbesuch unmöglich gemacht. Außerhalb der Lager gibt es keine Möglichkeit der freien Religionsausübung - in Hoyerswerda wurden Flüchtlinge z.B. nach einem Gottesdienstbesuch angegriffen. Der gleichen Gefahr sind Flüchtlinge auf ihren kilometerweiten Wegen zur nächsten öffentlichen Telefonzelle ausgesetzt.
Auch die medizinische Versorgung ist in den meisten Lagern nicht gewährleistet. Flüchtlinge, die medizinische Betreuung außerhalb der Lager benötigen, werden von Ärzten und Krankenhäusern abgewiesen. Eine schwangere Frau berichtet aus Eisenhüttenstadt, daß ein Arzt sie dort mit den Worten, "in dieser Stadt werden keine Neger geboren", zur Abtreibung zwingen wollte, und ihr medizinische Betreuung verweigerte.
Die Grundvoraussetzungen für die Durchführung ihrer Asylverfahren sind für die Flüchtlinge in den neuen Bundesländern nicht vorhanden. Sofern es in der Nähe der Lager überhaupt RechtsanwältInnen gibt, kennen sich diese im bundesdeutschen Asylverfahren nicht aus, weil die ex-DDR keine derartige Gesetzgebung hatte. Im Gegensatz zu vielen Städten in den alten Bundesländern, gibt es in den neuen Bundesländern keine Beratungsstellen, in denen Flüchtlinge juristische und psycho-soziale Beratung und Unterstützung erhalten. DolmetscherInnen stehen oft noch nicht einmal bei den Asylverfahrensanhörungen zur Verfügung und fehlen im Lageralltag vollständig.
Da sie keinerlei Bewegungsmöglichkeiten außerhalb der Lager haben, sind die Flüchtlinge vollständig auf die Bedingungen in den Lagern und die staatliche Willkür zurückgeworfen.

Ebenso wie sich Flüchtlinge jetzt gegen ihre Zwangsverteilungen in die neuen Bundesländer wehren , haben sich Flüchtlinge seit Anfang der 80er Jahre immer gegen die Zwangsverteilungen sowie gegen ihre Kasernierung in westdeutschen Lagern und die Einschränkung ihrer Bewegungsfreiheit gewehrt. Diese rassistischen Maßnahmen wurden von der CDU/CSU-Regierung Anfang der 80er Jahre zur Repression und Abschreckung von Flüchtlingen eingeführt. So weigerten sich schon vor dem Inkrafttreten des neuen Ausländergesetzes viele Flüchtlinge, aufgrund der unterschiedlichen Bedingungen in den alten Bundesländern in Bezug auf Unterbringung, Auslegung der Asylgesetzgebung und unterschiedliche Erlasse über Abschiebsstops, z.B. nach Bayern und Baden-Württemberg zwangsverteilt zu werden.
Zwangsverteilung zerstört die sozialen Strukturen und Überlebenshilfen, die die Flüchtlinge nicht hundertprozentig an die Bedingungen der Lager, bzw. an die Willkür der deutschen Behörden ausliefern. Innerhalb dieser Strukturen unterstützen sie sich sowohl materiell als auch psychisch, erhalten sie wichtige Informationen und Hilfen für ihr weiteres Asylverfahren bis hin zu der Möglichkeit, auch "illegal" einige Zeit überleben zu können.

Schreibtischtäter morden mit

Seit Jahren betreibt die Bundesregierung eine permanente und intensive Volksverhetzung, um von den eigentlichen sozialen und politischen Problemen abzulenken und der Bevölkerung Flüchtlinge und ImmigrantInnen als "Sündenböcke" anzubieten. Hierbei stehen ihr alle Medien zur Verfügung, die dann die Parolen vom "vollen Boot", von "Asylantenschwemme", "Flüchtlingsflut", "Wirtschaftsflüchtlingen" und "Scheinasylanten", von "Terroristen" und "Drogenhändlern" weiterverbreiten.

Das hört sich im Originalton dann z.B. so an: **"Die Buschtrommeln sollen es bis in die entlegensten Winkel Afrikas verkünden, daß es sich nicht lohnt, in der Bundesrepublik Asyl zu beantragen".**(Lothar Späth, ehemaliger Ministerpräsident von Baden-Württemberg)



Diese Saat ist in der Bevölkerung aufgegangen. Die Angriffe auf Flüchtlinge sind nicht neu und finden nicht erst seit der Einheit Deutschlands statt. Schon in den Asyldebatten 1980 und 1986 war der Zusammenhang zwischen staatlicher Hetze und rassistischen Angriffen offensichtlich. So wurden im Sommer 1986 nach monatelangen Asyldebatten u.a. in Berlin Zelt- und Containerlager errichtet, die dann Ziele von faschistischen Angriffen waren.
Die rassistische Asylpolitik, demagogische Politiker und Medienhetze setzen das Leben von Flüchtlinge und ImmigrantInnen bewußt aufs Spiel - allein in Berlin sind in den letzten neun Monaten sieben Flüchtlinge und ImmigrantInnen bei faschistischen Angriffen ermordet worden.

Die Stigmatisierung von Flüchtlingen beginnt schon in dem Moment, in dem Flüchtlinge einen Asylantrag stellen und im Zentralregister des Bundeskriminalamts mit allen persönlichen Daten, einschließlich Fotos und Fingerabdrücken gespeichert sind.
Die Zwangsverteilung, Kasernierung und die neuesten Pläne zur Internierung von Flüchtlingen in den geplanten Massensammellagern sind ein weiterer wesentlicher Bestandteil rassistischer Asyl- und Ausgrenzungspolitik.

"Erst die Zwangseinweisung in Lager macht die geringe Zahl der Flüchtlinge als große Menge sichtbar; macht somit eine statistisch geringe Größe unter dem Brennglas der Lagerhaltung zu einem Argument in der Propagandalinie der Reaktionäre und Faschisten. Diese wettern dann unter dem Stichwort "Überfremdung" und "Deutschland den Deutschen". So ist gerade die Strategie der Errichtung von vielen kleinen Lagern in kleinen Gemeinden zu erklären." (aus "Nachtmusik für Schreibtischtäter")

Diese Lager dienen den Faschisten als bevorzugte Angriffsziele. Diese Tatsache geht u.a. aus einer Dokumentation auf der Grundlage von dpa-Meldungen der letzten 22 Monate über rassistische und faschistische Angriffe auf Flüchtlingsheime und -lager, in der 259 Angriffe dokumentiert sind, hervor. Des weiteren wird deutlich, daß in den neuen Bundesländern nicht wesentlich mehr Angriffe als in den alten Bundesländern stattfinden. Die Zahl der Angriffe steigt ständig - so berichtete das ZDF am 9.10.91 von 500 Angriffen auf Flüchtlinge und MigrantInnen seit der Evakuierung aller Flüchtlinge aus Hoyerswerda Ende September 1991.

Es reicht daher nicht aus, eine Aufenthaltsgarantie für alle Flüchtlinge, die vor faschistischen Angriffen nach Berlin fliehen, zu fordern. Denn mit dieser Aufnahmegarantie verändert sich die Politik der Zwangsverteilungen nicht, die die Flüchtlinge den rassistischen und faschistischen Angriffen aussetzt. Deshalb fordern wir einen sofortigen Stop aller Zwangsverteilungen aus Berlin sowie ein uneingeschränktes Recht auf freie Wahl des Aufenthaltsortes für alle Flüchtlinge.

Stop der Zwangsverteilungen aus Berlin !

Freie Wahl des Aufenthaltsortes für alle Flüchtlinge !

Bleiberecht für Alle !

Eigenständiges Aufenthaltsrecht für Frauen !

Anerkennung frauenspezifischer Fluchtgründe !

Keine Kasernierung von Flüchtlingen in Sammellagern !

Keine Abschiebungen !

Weg mit den Sondergetzen für ImmigrantInnen und Flüchtlinge !

Keinen Fußbreit den Faschisten !

Spendenkonten: Antirassistische Intitiative e.V., Bank für Sozialwirtschaft, BLZ 100 205 00, Kto-Nr. 303 96 00
Stichwort:"Bleiberecht"
Sonderkonto T. Lehmann, Postgiroamt Berlin, BLZ 100 100 10, Kto-Nr. 198-100,
Stichwort:"Bleiberecht"

Antirassistisches Zentrum c/o AStA der TU Berlin, Marchstr. 6, 1000 Berlin 10, Tel. 030/314 21041

visdP:B.Leiberecht, Streitstr. 11, 1000 Berlin 10

Erklärung der autonomen UnterstützerInnen zur "Mitteilung des Kirchenvorstandes an die 'UnterstützerInnen' in der Shalom-Kirche"

Am 17. 11. brachte der Kirchenvorstand (im folgenden KV) der Shalomgemeinde eine Mitteilung an die UnterstützerInnen heraus, die die Situation innerhalb des Gebäudes entscheidend verschärft.
Der KV sagt darin, daß "die Flüchtlinge nicht zum Spielball von Kräften werden dürften, die ihre politischen Interessen zu Lasten des Schicksals hilfloser Menschen verfolgen".
Das Wort "UnterstützerInnen" wird in der gesamten Erklärung nur noch in Anführungszeichen geschrieben.
Der KV verkündet uns, den UnterstützerInnen, daß wir ab sofort die Telefone nicht mehr benutzen dürfen und uns die Büroeinrichtungen nicht mehr zur Verfügung stehen. Die Nebenräume der Gemeinde dürfen von uns nicht mehr betreten werden, wir sollen unsere "Unterstützungstätigkeit auf die große Halle beschränken". Und es dürfen weiterhin nicht mehr als 10 Personen "aus dem Kreis der Unterstützer" im Gebäude sein.
Mit dieser Mitteilung hat der KV der Schalom-Kirche endgültig und öffentlich den Kurs der Landesregierungen eingeschlagen, die Formulierungen unterscheiden sich nicht mehr von den Hetz- und Diffamierungsberichten der meisten Medien.
Nachdem der KV seit einiger Zeit begann Druck auf die Flüchtlinge auszuüben, den "Lösungsvorschlag" (Unterbringung in 14 Gemeinden Mecklenburg Vorpommern's) anzunehmen, ist jetzt eine neue Phase eingetreten.
Auf einem Plenum am Sonntag, den 17.11.91, erklärten alle Flüchtlinge zum wiederholten Male gegenüber dem KV, daß Mecklenburg Vorpommern oder die Ex-DDR für sie **keine** Lösung ist.
Die Äußerung aus dem KV, daß eine wirkliche Unterstützung der Flüchtlinge heißt, sie zu überreden, nach Meckelenburg Vorpommern zu gehen, weil ihre Forderungen unerreichbar seien und ihr Kampf ihnen selbst nur schadet, zeigt deutlich eine Linie des KV.
Gleichzeitig will der KV, jegliche Unterstützung und Solidarität aus der Kirche herausdrängen/-halten, um dann die Flüchtlinge ungestört bearbeiten und spalten zu können, bis der psychologische Druck auf die Flüchtlinge so hoch ist, daß sie ihren Kampf nicht mehr weiterführen können. Dies versuchen sie, indem sie uns UnterstützerInnen die Arbeitsgrundlagen rauben (Räume, um miteinander zu reden, Telefon, Kopierer etc.). Das heißt, sie nehmen den Flüchtlingen eine der existenziellen Grundlagen für ihren Kampf, nämlich die Möglichkeit, eine relativ gute Verbindung zur Öffentlichkeit zu haben.
Wir schätzen das Vorgehen des KV so ein, daß sie eine Räumung der Kirche durch die Polizei nicht wollen oder politisch für zu riskant halten. Andererseits sind sie aber auch nicht bereit die Entscheidung der Flüchlüchtlinge zu akzeptieren und sie in ihrem Kampf um "Bleiberecht in Schleswig-Holstein" zu unterstützen.
Die Mitteilung an uns sehen wir nicht als einen Versuch, innerhalb des Gebäudes, Probleme mit den UnterstützerInnen zu beseitigen. Es ist der Anfang einer Strategie mit dem Ziel, die Unterstützungsarbeit vollständig zu unterbinden bzw. die UnterstützerInnen aus dem Gebäude zu drängen.
Wie gesagt nur der Anfang ! Zum Beispiel ist auf dem KV-Treffen bereits über ein generelles Hausverbot für UnterstützerInnen diskutiert worden !!!
Die aktuelle Mitteilung des KV hat deutlich gemacht, daß es im nicht mehr um Kooperation, sondern um Konfrontation geht. Zum Beispiel gab es die Aufforderung des KV, die auf dem Dach befestigten Halogenscheinwerfer, die die dunkle Wiese hinter dem Gebäude beleuchten, abzubauen. Diese Scheinwerfer sind ein wesentlicher Bestandteil zum Schutz des Gebäudes vor faschistischenn Angriffen.
Für uns ist der KV einige Schritte zuweit gegangen. Bislang haben wir uns kooperativ verhalten. Beispielsweise konnten Gottesdienste und andere kirchliche Veranstaltungen/Treffen hier problemlos stattfinden. Die Mitteilung des KV zeigt uns jedoch, daß die Phase der Kooperation nunmehr der Vergangenheit angehört. Wir wollen hier klarstellen, daß wir die Bedingungen, die uns der KV diktieren will, nicht länger hinnehmen werden. Wir werden zusammen mit den Flüchtlingen - unabhängig von der Meinung des KV - überlegen, wie die Rahmenbedingungen für den Kampf der Flüchtlinge aussehen müssen.
Wir werden uns nicht spalten lassen und wir fordern alle Menschen, die ein solidarisches Verhältnis zu den Flüchtlingen und ihrem Kampf haben, auf:
Übt Druck auf die Schalom-Gemeinde, die Pastoren und den Kirchenvorstand aus, daß sie die Entscheidung, die Linie von Landesregierung/Landeskirche mitzutragen, aufgeben, so daß die Flüchtlinge nicht auch noch in diesem Gebäude kämpfen müssen!

Unterstützt die Flüchtlinge in ihrem Kampf um Bleiberecht in Schleswig-Holstein!!!!!!!!!!

Spendenkonto
PGA Hamburg
Kontonummer 16468-203
BLZ 20010020
Sichwort ASYL

Von Betonkopf zu Betonkopf

Uns hat so manches am Text:" Deutschland im Herbst: Wacht auf!" (Interin Nr. 168) gestört.
Einiges ist mißverständlich, anderes finden wir falsch. Unsere Kritik soll keine blöde Anpisse sein. Wir haben das Papier als Flugi für die breite Bevölkerung verstanden-und sowas finden wir allemal prima. Aber laßt uns "gemeinsam" aufpassen, daß sich keine inhaltlichen Ungenauigkeiten einschleichen.
Im 4. Abschnitt werden die Täter und ZuschauerInnen der rassistischen Massenmobilisierung für unser Empfinden zu sehr als Opfer dargestellt. Ihr beschreibt ganz richtig die Notsituation vieler Menschen hier in Deutschland, aber das darf für uns als Erklärungsmuster nicht ausreichen. Es ist doch gerade Strategie der bürgerlichen Medien, die Verbrechen der Rechten mit ihrer Perspektivlosigkeit etc. zu verharmlosen bzw. zu entschuldigen. Warum geht ihr als Linke nur auf die Situation der Täter ein? Warum benennt ihr nicht genauso Lebensumstände und Perspektivlosigkeit der Opfer des Rassismus durch Staat und Faschobanden? Ist uns das Schicksal der Täter näher als das der Opfer?
Trotz"Perspektivlosigkeit, sinkendem Lebensstandard, Mietpreissteigerung, Arbeitsplatzabbau und Lebensfeindlichkeit" gibt es auch Menschen, die sich gegen die Ursachen zur Wehr setzen. Warum werden nicht die positiven Ansätze für Widerstand benannt? Z. B.:
-Hausbesetzungen als Jugendzentrumsinitiative im Zeesen und Straussberg
-offensive und militante Aktionen "ausländischer" Jugendlicher und autonomer AntifaschistInnen, die die Faschos von der Straße gehauen haben
-Unterstützung der Flüchtling, bzw. deren Eigene Organisierung gegen die Angriff von rechts.

Wir denken, daß wir auch schon in der Darstellung der gegenwärtigen Verhältnisse unseren (Klassen-) Standpunkt und den Widerstand klar benennen sollten.
Zitat:" Die Probleme für viele von uns sind..."
Was heißt hier: Viele von uns?
Wer sind wir?
Gibt es nur die Klassen- und Gewaltverhältnisse? Was ist mit den anderen Gewaltverhältnissen? Warum werden die nicht genannt? Müssen "wir alle" Angst haben nachts alleine draußen rumzulaufen? Haben "wir alle" Angst vor den sexuellen Angriffen durch unsere Väter oder deren Bekannte? Sind"wir alle" von Abschiebung, Ausweisung betroffen? Das sind auch die Probleme "für viele von uns". Hier wird von Euch das "Wir" zu einem großen Brei zusammengerührt und "Wir" hocken davor, unterschiedslos, hilflos. Wir denken, euer "Wir" bezieht sich ausschließlich auf die deutschen StaatsbürgerInnen, und auch darum werden spezielle Frauen/Mädchenprobleme ausgespart. Mit dieser Darstellung werden ganz viele Menschen deren Leben hier tagtäglich bedroht wird, nicht erwähnt. Und damit ausgegrenzt.

Zitat:" Der Rassismus und die steigende Zahl von zunehmend auch rassistisch motivierten Vergewaltigungen von Frauen, sind Ausdruck der Zersplitterung und Isolation der Menschen im Interesse der Herrschaft."

Grundsätzlich denken wir, daß sowohl Fassismus als auch sexistische Gewalt-ob rassistisch motiviert oder nicht-Ausdruck von Herrschaftsinteressen/-verhältnissen ist. In der Ausübung sexistischer Gewalt sind Männer-egal aus welcher Klasse eben genau nicht isoliert, sondern vereint. So wie der Sexismus die Männer vereint, so vereint doch der Rassismus hier die Deutschen. Männer profitiern von sexistischer Gewalt und werden von Kindheit an dazu motiviert. Denkt ihr, es gäbe keine Vergewaltigungen mehr, wenn Männer-als Mitglieder einer Klasse-nicht mehr isoliert/zuplittert wären? (Ist das nicht der alte Nebenwiderspruchsgedanke?) Vergewaltigen organisierte Männerbünde oder Faschobanden nicht?
Aus dem Gesagten finden wir auch eure These "zusammen können wir unsere Interessen am besten vertreten", ungenau. Sie unterschlägt die verschiedenen Lebenswelten der Betroffenen:-Frauen/Männer
-"AusländerInnen"/Deutsche
und damit auch,daß es neben gemeinsamen auch sehr viele unterschiedliche Interessen gibt. Warum sonst organisieren sich denn Frauen als Frauen und wissen,daß sie ihre Interessen sehr viel besser ohne uns Männer vertreten und erkämpfen? Warum sonst organisieren sich "ausländische" Menschen lieber ohne uns Deutsche? Wir denken, daß unser teilweise gemeinsam geführter Kampf immer dadurch geprägt ist, daß es auch Unterschiedlichkeiten und sogar Trennungslinien zwischen uns gibt. Wir sollten dies immer im Auge behalten und auch offen benennen.

Unsere nächste Kritik bezieht sich auf die Parole:"Es liegt an Dir-es ist das Land aller Menschen, die hier leben-es geht uns alle an!"
-Diese Parole kann leicht ausdrücken, daß wir alle in einem Boot sitzen. Es ist doch gerade nicht unser Land; es ist nicht das Land derer, auf die wir uns beziehen: der Unterdrückten! "Uns" gehört doch gar nichts, diese Parole verschleiert, wer hier die Machthaber sind. Wir wollen doch genausowenig, daß es das Land der Herrscher bleibt.
-Uns was ist mit den Menschen, die hier nicht leben? All die Flüchtlinge, die in Zukunft hierher kommen werden/müssen. Ist es nicht ihr Land? Sollen sie ausgeschlossen werden? Wir wissen, daß ihr das natürlich nicht wollt; nur kann diese Parole so verstanden werden.

Neben diesen inhaltlichen Widersprüchen finden wir einige Formulierungen ungenau und somit mißverständlich.
-wir finden z. B. nicht, daß es hier einen "Krieg aller gegen alle" gibt.
-warum schreibt ihr:"für eine Welt der offenen Grenzen..."(ist das nicht ein Widerspruch in sich?) Warum heißt unsere Parole nicht: "für eine Welt ohne Grenzen!"?
gekürztes Zitat:"Gegen die Gewalt der Faschisten(...)müssen wir uns selbst verteidigen. Wir wollen eine Gesellschaft ohne Gewalt,..."
Eigentlich bezieht sich ein Satz immer auf den vorhergegangenen. Worauf bezieht sich nun dieses "ohne Gewalt"?
Wir wissen doch, daß die Gesellschaft nicht gewaltlos wird, wenn gerade mal die Gewalt der Faschisten gebrochen ist. Ebensowenig, so wissen wir, bezieht ihr das "ohne Gewalt" auf die Form des antifaschistischen Widerstandes. Oder hat der Satz mit dem vorausgegangenen doch nichts zu tun? Soll er nur unseren Traum der herrschaftsfreien Gesellschaft ausdrücken? So wie der Absatz geschrieben ist, ist er jedenfalls äußerst mißverständlich, und bleibt somit frei interpretierbar.(Bedenkt auch, wie momentan, selbst/gerade bei den Autonomen über Militanz diskutiert wird!) Außerdem finden wir den Absatz-sprachlich-viel zu defensiv abgefaßt. Warum schreiben wir

nicht, daß wir die Gewalt der Faschisten selber brechen müssen; daß wir sie angreifen wollen, wo wir nur können. Unsere beste Gegenwehr ist der organisierte Angriff! Die Faschisten werden doch nicht dort vertrieben, wo sie immer wieder angreifen, und sich die Angegriffenen immer wieder verteidigen müssen.(Denkt an die Flüchtlingswohnheime, oder an die Ketten der Angriffe auf die Schönhauser Allee 20 vor 1-2 Jahren) Sie werden doch dort vertrieben, wo sie aus ihrer Anonymität geholt und politisch,körperlich,sozial angegriffen werden,und zwar dort wo sie leben;in ihrem Alltag. Wenn wir sie dort angreifen und ihre Strukturen zerschlagen, dann ziehen sie sich zurück. Denkt doch an die Weitlingerstraße, guckt momentan nach Königs-Wusterhausen.

Laßt uns doch in unseren Flugis unsere Absichten und Ideen deutlicher und offensiver vertreten.

-Unterstützt die Flüchtlinge und ImmigrantInnen!

-Die Selbsthilfe gegen jede Form von Unterdrückung organisieren!

-Organisiert angreifen!

Osnabrück im November

Wir haben in der Nacht vom 6. auf den 7. November Gülle in den Vorgarten des Hauses geschüttet, in dem Christian Schrader wohnt. Schrader ist der Anführer einer faschistischen Skinhead-Gruppe. Seine Gruppe ist dafür bekannt, Leute mit Schlagstöcken zu vermöbeln und mit Gaspistolen zu bedrohen. Die Angegriffenen sind Ausländer/innen, wegen ihrer anderen Kultur, Hautfarben, und Herkunft und Leute, von denen die faschistischen Skinheads meinen, am äußeren Erscheinungsbild erkennen zu können, daß sie eine linke Gesinnung haben. Aber auch ganz "normale" Menschen waren schon Opfer von Schraders Gruppe. Auf der Hasberger Kirmis z.B. wurden mehrere Leute durch sie verletzt.
Mit Christian Schrader haben wir einen Faschisten herausgegriffen der stellvertretend für die steht, die Flüchtlingswohnheime anzünden und Ausländer/innen ermorden.
Der 2. Teil der Aktion war, einen Brief an die Nachbarschaft zu schicken, worin seine Rolle dargestellt ist.

Diese Aktion war für Schrader gedacht und soll nicht ohne Vorüberlegung auf andere Faschisten übertragen werden.
Die Gülle soll das Haus, in dem er wohnt, kenntlich machen, er soll in seiner Einfamilienhaussiedlung isoliert werden, deswegen auch der persönliche Brief an die Nachbarn.
Andere Faschisten wären anders zu behandeln, je nach dem, welche Rolle sie spielen, und wie sie leben.

Heute ist nicht alle Tage, wir kommen wieder keine Frage!!

KEIN FUSSBREIT DEM FASCHISTISCHEN TERROR!

16./17.11.91

Der Andreaskrug stinkt.
Wenn alles gut geklappt hat,müßten jetzt in diesem faschistentreffpunkt 5 Liter stinkende,ätzende Flüssigkeit drin sein.

Angefangen haben wir damit,eine D-C-Fix' Folie auf die Scheibe zu kleben,um das Brechen der Scheibe zu verhindern.
Wir haben in die Folie ein kleines Loch reingeschnitten.
Durch das Loch in der Folie haben wir mit einem Glasschneider ein kleines Quadrat in die Scheibe geritzt.
Und das dann mit einem Nothammer rausgehauen.
Mit einer Druckluftpumpe(wird benutzt zum Insektenvernichtungsmittelsprühen) haben wir das Zeug da reingesrüht,vorher den Sprühmechanismus mit Klebeband festgestellt.
War eigentlich ganz simpel und schön leise.

Andreaskrug ist eine Kneipe in Schildesche,einem Vorort von Bielefeld,die seit Jahren Faschistentreffpunkt ist, der sich im letzten Jahr zu einem bundesweiten Treffpunkt entwickelt hat.
Von hier aus wird der faschistische Terror mitgeplant,Aktionen vorbesprochen,Jugendlichre angeworben.
Unser Ziel der Aktion war,zumindest ihnen kurzfristig diesen Ruhe + Freiraum zu nehmen.
Gleichzeitig dem Pächter des Andreaskrugs deutlich machen,daß er als Profiteur durch den Absaufbetrieb genauso verantwortlich ist für die zurückliegenden und folgenden Angriffe der Nazischweine wie diese selbst.

Es ist wichtig,JETZT AUF DIE EIGENE KRAFT VERTRAUEND was zu tun, was mithilft,den Vormarsch der Faschisten zu behindern.
Die Form einer Initiative ist nicht entscheidend,vielmehr müssen in diesem Ziel alle antifaschistischen Bemühungen zusammenwirken.

Wir dürfen nicht so abstumpfen,die tägliche Jagd,Kasernierung und Abschiebung von Ausländerinnen,Ausländern und Flüchtlingen als Normalzustand hinzunehmen.

Fidel Castro sagte in einer seiner letzten Reden :
"...im Kapitalismus werden die Menschen zu Bestien..." ,
der Ausdruck davon ist der zunehmende Hass auf ausländische Menschen und Antisemitismus.
Nach 5oo Jahren Kolonialismus leben wir auf einem Kontinent,wo die Menschen stolz darauf sein sollen,Deutsche,Europäer zu sein, stolz darauf,andere Völker zu unterdrücken und ihre Arbeitskraft und ihre Rohstoffe zu rauben.
Doch wer andere unterdrückt,der/die kann sich selbst nicht befreien.
Das sagen auch die afrikanischen Flüchtlinge,die in Hoyerswerda verfolgt wurden.
Rassismus wird die Probleme der Menschen hier nicht lösen, sondern verschärfen.

Eine autonome Gruppe.

Am 17. November 1989 wurde in Göttingen die Antifaschistin Conny Wessmann von den Bullen auf eine befahrene Straße getrieben und in den Tod gejagt. Genauso wie schon viele GenosInnen und FreundInnen in den Jahren vorher. Verdeckter bedroht und ermordet dieser Staat und seine ausführenden SchreibtischtäterInnen tagtäglich viele Menschen. Am masivsten sind zur Zeit Flüchtlinge davon betroffen. Sie sind permanent mit dieser Politik, ihren/ Bütteln und SchreibtischtäterInnen, Faschisten und dem dumpf - deutschen Rassismus konfrontiert. Sei es im Ausländeramt - wo überall SchreibtischtäterInnen "nur" das umsetzen, was "oben" beschlossen wird - , auf der Be , in ihren überfüllten Flüchtlingsheimen - wo sie von Faschisten angegriffen werden - ,im Generalanzeiger - wo Hartmann und Co. den Boden und die Stimmung bereitet und anheizt - : In Berlin ist jetzt der türkische Jugendliche Mete Eksi ein weiteres Opfer dieses Rassismus. Er starb am 13.11. an den Folgen der Verletzungen, die er bei einem Angriff durch Faschisten erlitten hatte.
Wir könnten Seiten lang dazu schreiben und analysieren, wir haben aber beschlossen lieber ein kleines Zeichen gegen das Vergessen von Conny's Tod und aus Solidarität mit allen von Fremdenhass und Abschiebungsmaschinerie bedrohten Menschen in diesem Scheißland zu setzen.

Wir haben die bekannten Schreibtischtäter aus dem Ausländeramt, Karl Dietric Leiter des Ausländeramtes und seinen Sachgrppenleiter Horst Kohl zu Hause aufgesucht! Wir hoffen, daß unsere Steine und Farbflaschen ihre Ziele nicht verfehlt haben. Ansonsten hoffen wir auf hohen Sachschaden beim beschädigen ihrer Privat - PKW's.
Dietrich und Kohl, die tagtäglich mit ihrer Unterschrift verfügen, ob Menschen in das Land, aus dem sie geflohen sind, abgeschoben werden oder ob sie einen Aufschub erhalten, sollten mal von dem Gefühl kosten, das Flüchtlinge tagtäglich und - nächtlich haben. Ständig bedroht von ihrer Ausweisung. Dietrich und Kohl schicken die Ausländerbullen los, die nachts um 3 Uhr Menschen aus ihrem Schlaf reißen, ihnen eine halbe Stunde Zeit zum Packen geben, um sie dann mit Gewalt in Busse oder Flugzeuge zu verfrachten, die sie zurückbringen an den Ausgangspunkt ihrer Flucht.
Dietrich und Kohl sind es, die Deportationen und Erniedrigung auf den Ämtern möglich machen, und die mitentscheiden, wer ausgeliefert, den Folterern und dem Elend preisgegeben wird.
Natürlich Dietrich und Kohl sind auch "nur" Funktionsträger und erhalten ihre Weisungen von oben. Und austauschbar sind sie auch. (Das war im Nazi- Deutschland nicht anders.) Aber sie machen ihren Job.
Aber sie machen ihn, ihren dreckigen Job, sie sind Teil einer weitgehend reibungslos funtionierenden Abschiebungsmaschinerie bestehend aus:
Sich verschärfender Flüchtlingspolitik von oben, Umsetzung auf Länderebene, Ausländerbullen, Medienhetze, faschistischen Angriffen und dumpfen Rassismus vieler Leute in Deutschland.
Es sind viele Rädchen, die das Ganze am Laufen halten. Wir wollen die angreifen, die ihre Verantwortung immer nach oben oder sonstwohin deligieren [redacted] und genau dort, wo sie sich zu Hause für den nächsten - Abschiebe - tag ausruhen.

Im Zuge der Verschärfung der Lage der Flüchtlinge; sei es Sammellager Gemeinschaftsverpflegung oder Warengutscheine, brauchen sie eine Menge

neues Personal und neue MittäterInnen. Angriffe wie heute sollen den Herrschaften für sie erlebbar zeigen, das sie für ihre Toten zur Rechenschaft gezogen werden können und ihnen Rekrutierungsschwierigkeiten bei der Suche nach neuem Personal bereiten.
Viele Menschen haben sich überall und auch in Wuppertal zu praktischer Solidarität mit den Flüchtlingen und zum Widerstand gegen die rassistische Realität entschlossen. Nachtwachen vor den Flüchtlingsheimen, Demos, Hilfe bei Anträgen, Angriffe, wie den der RZ im August 91 auf das Ausländeramt in Böblingen, wo 100000 Akten beschädigt und vernichtet wurden und das Amt erstmal umziehen mußte, oder Angriffe, wie der der RARA auf das Niederländische Innenministerium und das Haus des Justizministers, Aktionen gegen organisierte Faschisten... sind wichtig, um ihrer Maschinerie etwas entgegenzusetzen. Gemeinsam können wir ihnen auf allen Ebenen Druck machen.

Bleiberecht für alle Flüchtlinge!
Gegen die Nachtruhe der SchreibtätterInnen!
Wandelt Wut und Trauer in organisierten Widerstand!
Schlagt zurück!

Autonome Genossinnen und Genossen von Conny Wessmann

Wuppertal 18.11.91

BasisRadioBerlin - Bildet Radio -Banden!

November 1991 :
Das neue Großdeutschland feierte 1 - jähriges Bestehen. Gründe zum Feiern gibt es allerdings höchstens für einige wenige: die Kolonisierung der ex - DDR und ihrer BürgerInnen läuft auf vollen Touren, die Gewalt gegenüber Flüchtlingen und ArbeitsmigrantInnen eskaliert auf immer brutalere Weise, die neue Hauptstadt Berlin strukturiert sich um, der deutsche Imperialismus wird mit der europäischen Vereinigung noch stärker ökonomisch und bald auch militärisch zugreifen können.
In dieser für wachsende an den Rand gedrängte Bevölkerungsteile sich dramatisch zuspitzenden Situation, ist eine entschlossene linke Gegenkraft nötig. Von der starken linken Bewegung der frühen 80er Jahre sind nur kleine zersplitterte, nebeneinander arbeitende Grüppchen übriggeblieben: Lesben, autonome Frauen, Schwule, Antifas, Flüchtlingsgruppen, Antiimps, RZ, AnarchistInnen , KommunistInnen, Soli-Gruppen, Kleine Zeitungen, Häuserplena, etc.. Die Sicherung des für sich Erreichten, Erstarrung und Separatismus prägen das Bild. Auswege aus der verfahrenen Situation werden zwar vielerorten andiskutiert ("Organisierungsdebatte"). Es bleibt jedoch eher bei verhärteten Grabenkämpfen über stark technisch , geprägte Lösungsansätze.

Einen ersten, anfangs noch kleinen Schritt raus aus der Misere wollen wir anleihern. Wir, die Initiative Basis Radio Berlin (BRB), arbeitet kontinuierlich seit knapp einem halben Jahr. In Gesprächen innerhalb unserer Gruppe und mit anderen politisch Aktiven sind wir u.a. auf folgende Punkte gestoßen, bei denen z.T. Handlungsbedarf besteht.

1. der Info - austausch und die Vernetzung unter Gruppen (z.b. antifa),
2. ein gemeinsamer Diskussionsprozeß über Politische Strategien, Perspektiven etc . (z.B. Flüchtlingsarbeit)
3. Möglichkeiten kurzfristiger Mobilisierung (z.B. Hoyerswerda)

4. eine stärkere Breitenwirksamkeit (z.B. NOlympia- Kampagne).

Die aufgeführten Beispiele sind willkürlich, allein wegen ihrer Aktualität ausgewählt. Wir wollen uns nicht auf ein bestimmtes Spektrum immerhalb der Linken beschränken, sondern alle erreichen, die für eine grundlegende Veränderung der gesellschaftlichen Verhältnisse kämpfen, aber auch die, die sich in der letzten Zeit frustriert zurückgezogen haben.

Als konkrete Vision ist bei uns die Idee eines Cassetten - Radios eintstanden; d.h. ohne Sendeerlaubnis und großen technischen Aufwand werden in den linken Strukturen Beiträge auf Cassette produziert und dort vertrieben. Mit wachsender Verbreitung könnten für die 4 Punkte neue Perspektiven gefunden werden:

1. Die Antifa x kann sich über die politische Praxis der Antifa Y, die gerade einen Cassetten - Beitrag produziert hat, informieren, und eventuell sich bei einer Aktion einklinken. Auf diese Weise könnte eine stärkere Bündelung von Kräften zustandekommen, und über gemeinsame politische Diskussion und Praxis eine größere Solidarität und Kollektivität in der Linken wiederauferstehen. Wie eng eine Vernetzung schließlich sein wird, darüber entscheiden natürlich die Gruppen selbst.
2. Flüchtlingsgruppen könnten per Cassetten-Beiträge in einen gemeinsamen und kontinuierlichen Diskussionsprozeß über politische Strategien und Perspektiven ihrer Praxis gelangen . Aus den stärker aktionistisch - geprägten Einzelaktionen könnte sich eine gemeinsame Stoßrichtung und größere Effektivität entwickeln.
3. Kurzfristige Mobilisierungen könnten durch 2-minütige Cassetten erreicht werden, die in ein paar Stunden produziert und sofort in Kneipen und Plätzen abgespielt werden.
4. Das Abspielen von Beiträgen in Kneipen, Info - Läden und auf öffentlichen Plätzen oder (il -)legal über Äther könnte eine stärkere Breitenwirksamkeit linker Politik

gewährleisten. Dafür könnten auch durch die Kieze fahrende Lautsprecherwagen genutzt werden.
Wir sind überzeugt, daß das Medium Cassetten- Radio Lösungsansätze für alle 4 oben genannten Probleme anbieten kann. Außerdem halten wir es für wichtig, staatlich gesetzte Grenzen zu mißachten und bewußt zu überschreiten, um wieder illegal über Äther gehört zu werden. BRB könnte dafür wichtige organisatorische und strukturelle Vorarbeiten leisten.
Bei uns als Initiativgruppe für das BasisRadio hat ein deutlicher Prozeß bei der inhaltlichen Bestimmung gegenüber den Anfängen stattgefunden. Wir sind immer mehr von der ursprünglichen konventionellen Idee einer zu erkämpfenden legalen Frequenz abgekommen, da grundlegende widersprüchen nicht auszuräumen sind. Das zeigt z. B. die Geschichte von Radio 100: finanzielle und technische Sachzwänge, d.h. Werbekunden, SponsorInnen und unpolitische ZuhörerInnen nicht verschrecken zu wollen und 24 Stunden pro Tag senden zu müssen, sowie die leichten Einblicksmöglichkeiten staatlicher Kontrollbehörden führten zu einer inhaltlichen Verflachung und mangelnde Radikalität der politischen Diskussionen. Außerdem kann eine außerhalb linker Strukturen arbeitende zentrale Medienredaktionen nur von Außen das politische beobachten und kommentieren und nicht linke Politik voranbringen.BRB steht und fällt hingegen, wie der Name schon sagt,mit der Basis.
Unabhängige Radio - Banden können sich sowohl dezentral in den Stadtteilen und Kiezen bilden, um basisnahe Produktion, Vertrieb, Bezug und Inhalte zu gewährleisten, als auch in einzelnen "Szenen "(Antifa, autonome Frauen und Lesben, Umstrukturierungsgruppen, Soli-Bewegung, etc...), um Infos aus den aktuellen Diskussionen und der Praxis einzubringen.
Ob die verschiedenen Radio - Banden die gemeinsame Arbeit eher über das Räte- oder das Plenums - Prinzip organisieren, wird sich zeigen. Phantasie und Power sind keine Grenzen gesetzt.
Es ist für unser Selbstverständnis entscheidend, daß BRB kein eigenständiges Projekt sein kann, somdern nur integrativer Bestandteil radikal linker Praxis, d.h. die inhaltliche, organisatorische etc. Arbeit , sowie dier interne

Diskussionsprozeß müssen solidarisch und kollektiv von der Basis getragen und weiterentwickelt werden und dürfen sich nicht verselbständigen oder abkoppeln. BRB darf nicht Institution sein oder Stillstand bedeuten.

Die erste Cassette ist fertig und in Kneipen ,Info-Läden und gutsortierten Buchläden für 5 DM erhältlich.
Auf der Cassette sind folgende Beiträge: Asylbewerber und Flüchtlinge erzählen über ihre Erfahrungen mit deutscher Solidaritätsarbeit; das Thomas-Weisbecker-Haus stellt die Baupläne der SPD dar; Umstrukturierungen in Ostberlin infolge Olympias ist ein weiteres Thema; Obdachlose berichten über das Leben ohne Wohnung und last not least stellt sich die Initiative BasisRadioBerlin selbst vor.

Wir werden im Dezember mehrere Info - Veranstaltungen durchführen :
6.12. im Clash, Uferstraße, Wedding; 20.00 Uhr
13.12.im Anlauf, Kreutzigerstraße,Friedrichshain; 20.00 Uhr
18.12. im El-Locco, Kreuzbergstraße 43, Kreuzberg;20.00 Uhr
Die Cassetten sollen ab Januar in Kneipen öffentlich abgespielt werden. Kneipen u.a. die Interesse haben, sollen sich bei uns melden. Und natürlich alle neuen Radio- Banden und Einzelleute.

Kontakt: El- Locco, Kreuzbergstraße 43, 1/61,
Mittwochs 19 Uhr, Tel. 785 99 83.

Schließt euch zusammen!! Bildet Radio- Banden !!

Ist Widerstand im Kiez auf Sand oder Lehm gebaut?

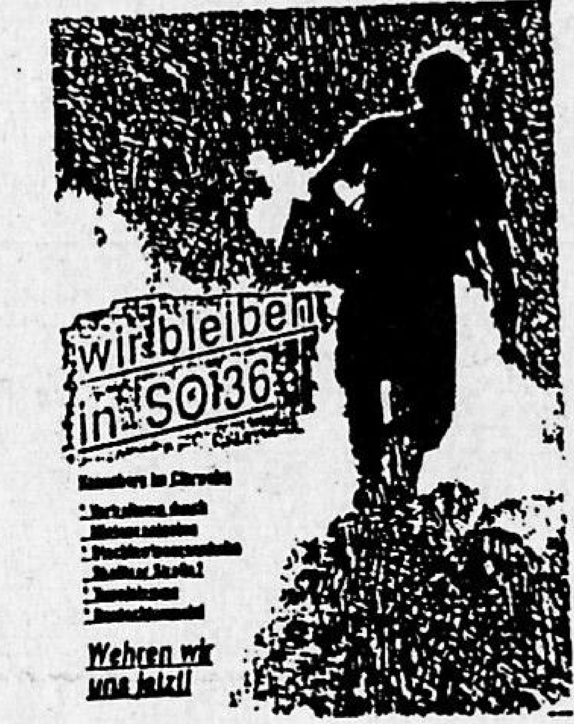
Ausgangspunkt unserer Überlegungen ist, daß die Umstrukturierung in K36, die seit mehr als 10 Jahren von Stadtplanern, Spekulanten und Investoren mehr oder weniger schleichend betrieben wird, durch Hauptstadt und Citynähe in rasanterem Tempo vorangetrieben wird. Trozdem findet Umstrukturierung nicht nur geplant und schon gar nicht plötzlich und flächendeckend gleichzeitig statt. Sie setzt sich vielmehr wie ein Puzzle aus Einzelteilen zusammen. Die Puzzle-teile sind einzelne Kündigungen von Wohnungen und Etagen, nicht mehr bezahlbare Mieterhöhungen für Gewerbe, spekulative Hauskäufe und -verkäufe, hier eine Zwangsräumung und dort ein gekündigter Kinderladen.
Wir befinden uns seit Maueröffnung in der ersten Phase: Einzel-kapitalisten, Spekulanten, ähnliches Pack nagen sich wie die Würmer in den Kiez hinein und durchlöchern ihn mit den ganz normalen Mitteln des kapitalistischen Marktgesetzes: hohe Gewerbemieten, Dachgeschoßausbau, drastische Mietsteigerungen bei Neuvermietungen - für sich im einzelnen keine dramatische Entwicklung, aber eine richtige Durchlöcherung.
Dann kommt was qualitativ neues hinzu: mit dem staatlichen Ausbau der Oberbaumbrücke und der entsprechenden Blechlawine wird der Kiez in Einzelteile zerschnitten.
Dann als nächstes schnappen sie sich den Kiez um den Oranienplatz mit der Fertigstellung und Eröffnung des Ost-West-Handelszentrum, dessen Gewerbemieten über 80DM/qm betragen sollen. Wie weit sich die neuen Mieten, neuen Läden, neuen Kneipen .... die Oranienstraße entlangziehen, können wir nicht einschätzen.
Und dann schließlich der Hauptangriff: schöne neue Büro- und Hochtechnologie-Arbeitsplätze strahlen auf den Restkiez aus. Das zieht sich dann wohl durch das ganze Gebiet nördlich der Hochbahn und durchlöchert dann den Wrangelkiez von der Schlesischen Straße her. Um bei dem Bild zu bleiben: der inzwischen durchlöcherte Kiez wird nun endgültig plattgedrückt.

Der Widerstand im Kiez ist unserer Meinung nach bisher auf Sand gebaut. Er rieselt vereinzelt dahin und dadurch versandet er auch. Z.B. konnte im Fall Eisenbahnstr. 4 mit viel Einsatz, Öffentlichkeitsarbeit, Aktionen gegenüber dem Privateigentümer, eine 100%ige statt einer 400%igen Mieterhöhung abgetrotzt werden. Dies ist nur ein Tropfen auf den heißen Stein, da in vielen anderen Fällen die Kündigungen und Mieterhöhungen lautlos über die Bühne gehen. Nicht alle haben einen so großen Freundeskreis oder sind politisch bekannt, wie die Etage in der Eisenbahnstr. 4. Deswegen müßte im Interesse vieler stehen, eine Widerstandsstruktur im Kiez aufzubauen, die nicht davon abhängt, wer wieviel engagierte Menschen z.B. bei ner Kündigung zur Hand hat.

Was bedeutet denn die Mieterhöhung für die Einzelnen - egal, ob Kleingewerbe oder Wohnungen:
- sich vertreiben lassen
- v.a. bei Mieterhöhungen die Fluktuation verringern, um bei Neuvermietungen die Miete nicht in die Höhe treiben zu lassen
- mehr arbeiten, oder damit aufhören, um sich vom Sozi die Miete ganz bezahlen zu lassen, wenn es geht

Was wollen wir von diesem kiez überhaupt? Können denn viele hier noch positive Entwicklungen sehen, die ihn lebens- und kämpfenswert machen?
Die Besetzerinnenbewegung anfang der 80iger Jahre hat z.B. die Kahlschlagsanierung mitverhindert und den Schickiwerdungsgang verlangsamt. Was wollen wir, die wir hier im Kiez bleiben wollen und nicht nach Prenzelberg, Marzahn oder sonst wo hin umziehen wollen, für einen Stadtteil haben? Mit wem wollen wir gemeinsam was anpacken? Diese Fragen lassen sich auf mehr Bereiche des alltäglichen Lebens erweitern: Wie ist z.B. "unser" Umgang mit sexistischer Anmache und Angriffen auf der Straße, in Kneipen, das gleiche gilt für rassistische Angriffe? ... Oder welchen Stellenwert hat der Verkehr in unserem Leben?
Der Fragenkomplex ist riesig, viel zu groß für einen Tag. Ausgehend von Mieten und Verkehr wollen wir ihn mit euch zusammen angehen und die Diskussion über diesen Tag hinaus weiter führen. Vielleicht führt dies ja zu einem Lehmboden, der zunächst aus einer klebrigen, zähen Masse besteht und der im Laufe der Zeit zu einem festen und widerstandsfähigen Untergrund wird.

am **1.12.91** von 14-23 Uhr
im SO 36 Oranienstraße 190



mit Diskussionen
15 Uhr >Hilfe - die Yuppies sind schon da - und wo sind wir?<
19 Uhr >Widerstand in Kreuzberg auf Sand oder Lehm gebaut?<
ab 21 Uhr Filme

V.i.S.d.P.: "Initiative: "Wir bleiben...", Horst Becker, Berlin

Ein Tag im SO 36
zu Kultur und Widerstand im Kiez

ÜBERLEGUNGEN ZUM ANTIIMPERIALISMUS DER KOMMENDEN JAHRE

1.

Noch in den 70er Jahren standen trikontinentale Befreiungsbewegungen im Zentrum aller Diskussionen über antiimperialistische Strategie. Dies war das Erbe der antikolonialen Kämpfe aus den 60er Jahren und des Maoismus, welcher vor allem durch die Fokustheorie und Schriften Fanons bedeutsame Akzentuierungen erfahren hatte.

In der zweiten Hälfte der 70er Jahre dann war absehbar, daß die antikolonialen Eliten, die sich nach der Übernahme der Macht als konventionelle Entwicklungseliten entpuppt hatten, durch eine neue imperialistische Krisenpolitik zusehends in die Enge getrieben wurden: durch die Öl- und Hungerkrisen, durch die Hochrüstungspolitik seit Nixon, durch die Selektivität des transnationalen Kapitals in der Weltmarktproduktion, schließlich durch die stringente Aussteritätspolitik der Bretton Woods Institute und ein zunehmend dichteres Konzept imperialistischer Aufstandsbekämpfung. Befreiungsbewegungen hielten sich in den 80er Jahren nur noch in wenigen peripheren Zonen, sie wurden dort selbst zu einem Faktor militärischer Bevölkerungskontrolle oder stabilisierten sich durch Drogenhandel. Ein Griff nach der Macht ist nirgends mehr denkbar.

Die Vorstellung, daß tapfere nationale Bewegungen den imperialistischen Moloch kippen könnten, war seit jeher falsch und konnte sich nur im Windschatten sowjetischer Machtinteressen halten. Der Imperialismus ist Ausdruck eines sozialen Prozesses, die Reaktionen auf einen vielschichtigen sozialen Antagonismus kristallisieren sich immer wieder neu in Herrschafts- und Verwertungsstrategien. Wir haben vor 10 Jahren versucht, den Imperialismus als Weltsozialpolitik gegenüber einem Weltproletariat begreiflich zu machen und Frontlinien des sozialen Antagonismus zu kennzeichnen.[1] Inzwischen aber haben wir lernen müssen - es ist uns durch die letzten Feministinnen, die überhaupt noch mit uns redeten, ultimativ abverlangt worden -, daß jedes antiimperialistische Konstrukt reformistisch ist, wenn nicht Antipatriarchalismus und Antirassismus in seinem Zentrum stehen. Indem wir aber die Schwarze Frau als Fluchtpunkt des globalen Antagonismus projezieren, gerät jede Analyse in Gefahr, zur neuerlichen Ursupation weiblichen Widerstands durch männliche Theorie beizutragen und den Geschlechterantagonismus zu verdecken. Die Analysen und Wertungen, die wir erarbeiteten, zielten früher auf die Ausbildung von Widerstandslinien in der Metropole ab (sie erhoben nie einen Anspruch gegenüber trikontinentalen Prozessen); jetzt geht es um eine Auseinandersetzung unter antipatriarchal gesinnten Männern, die gegenüber der feministischen Diskussion einen begrenzten, nachholenden Stellenwert hat.

2.

Eine Schrift der UNO bekundete vor zehn Jahren, daß Frauen zwei Drittel der Arbeit weltweit verrichteten, zehn Prozent der Einkommen bezogen und ein Prozent der Produktionsmittel besaßen. Die imperialistische Krisenpolitik der 80er Jahre hat den Widerspruch zwischen den Geschlechtern verschärft, was zahlreiche Untersuchungen vor allem aus dem lateinamerikanischen Raum belegen. Mehr Frauen wurden auf den Arbeitsmarkt geworfen, um die dürftigsten Existenzmittel zu sichern; auf dem Land mußten die noch verbliebenen Frauen die Arbeit nicht nur der migrierenden Männer, sondern auch der zusätzlich migrierenden Frauen auffangen; sinkende Einkommen stauten nicht nur mehr Arbeit, sondern auch Agression und Gewalt in die Haushalte zurück; viele Frauen mit Kindern suchten informelle Einkommensquellen in einem Sektor, in dem die ohnehin niedrigen Einkommen beständig sanken: die Vertiefung des Arbeitszwangs gegenüber Frauen bei zunehmender Verarmung ist das am besten dokumentierte Merkmal der Krisenpolitik, aber nicht das einzig Wesentliche.

Auf den supranationalen Finanzmärkten hat sich in den letzten beiden Jahrzehnten eine globale Durchschnittsprofitrate herausgebildet, die alle nationalen Regulationen aus den Angeln gehoben hat und die bewirkt, daß die Wertschöpfung aus sozialen Investitionen und Ressourcen im Kern den gleichen Maßstäben unterliegt wie die Kapitalverwertung im unmittelbaren Produktionsprozeß. Die unglaubliche Kapitalfülle auf diesen Märkten aber beruht auf einer Spekulation auf Arbeitswerte, die sich in den 80er Jahren nicht hat einlösen lassen: im sozialen Antagonismus trikontinentaler Gesellschaften und auch in der Rigidität metropolitaner Sozialstrukturen liegt

die tiefere Ursache der globalen Überakkumulation und des spekulativen Charakters der Geldschöpfung. Soziale Investitionen können im globalen oder auch im nationalen Rahmen nicht mehr amortisiert werden. Deshalb zielt das transnationale Kapital auf Großräume als abgestufte Terrains gezielter gesellschaftlicher Rationalisierung, auf eine abgestufte Bevölkerungsökonomie in einer sozialräumlichen Staffelung, welche von den trikontinentalen Vernichtungszonen bis in die Zentren der Verwertung reicht.

Am untersten Ende dieser Staffelung stehen die trikontinentalen Vernichtungszonen, in denen die vorfindlichen Sozialstrukturen völlig entwertet werden; die Bevölkerung wird durch Krieg und Hunger mobilisiert und der Triage ausgesetzt. Der Südsudan wurde in diesem Sinn schon vor Jahren als soziales Laboratorium bezeichnet. Die Vertreibung ist doppelt produktiv, denn zum einen erzielt entvölkerter Boden eine höhere Differentialrente, zum anderen wird, indem die Bevölkerungen auf ihre nackte Existenz reduziert werden, über die Triage staatliche Verfügungsgewalt durchgesetzt und eine Selektion nach Verwertbarkeit betrieben: die Überlebenden werden zur mobilen Pariaschicht der peripheren Arbeitsmärkte oder sie werden als Cash Crop Produzenten rückgesiedelt.

Anders verläuft der bevölkerungspolitische Angriff in den Regionen, in denen das Niveau des Widerstands und der sozialen Aneignung den Akkumulationsprozeß blockiert. In den Agglomerationsräumen des Maghreb und Lateinamerikas sind die Nahrungsmittelsubventionen, die Landnahmen und Riots ein Kostenfaktor der Weltsozialpolitik, welcher durch Low Intensity Warfare unter Kontrolle gebracht werden soll: durch ein soziales Containment, mit dem das Kapital versucht, in sozial blockierten Situationen die Repressionskosten und die Verwertungsbedingungen zu optimieren.

In den Akkumulationszonen der trikontinentalen Schwellenländer hingegen wird die menschliche Cash Crop vernutzt, die peripher freigesetzt wird, während die Politik gegenüber der einsässigen Bevölkerung auf deren Subsumtion unter das Kapitalverhältnis zielt, also auf die Rationalisierung der Landwirtschaft und tendenziell die Formierung von Kleinfamilien. - Die Linie abgestufter Bevölkerungspolitik ließe sich fortsetzen bis in die Zentren. Sicher, überall gibt es Überschneidungen, Ungleichzeitigkeiten und Besonderheiten, und doch ist die Ausbildung von Großräumen wesentlich durch die Differenzierung der Formen gesellschaftlicher Rationalisierung durch Bevölkerungsökonomie geprägt.

3.

Das Geheimnis des sozialen Antagonismus aber und der Angelpunkt des bevölkerungsökonomischen Zugriffs liegt bei den Frauen und in der Ausprägung des Geschlechterantagonismus. In Afrika beruht das Vermögen, sich in gesellschaftlichen Krisen auf letzte Reserven subsistenzeller Reproduktion zurückzuziehen, auf den Frauen. Die Überlebensnetze in den lateinamerikanischen Barrios und Favelas sind wesentlich Sache der Frauen; der Einkommensverlust der Männer und der Verlust machistischer Autorität in der Krise hat den täglichen Überlebenskampf dieser Frauen ins Zentrum des sozialen Antagonismus gerückt. Die Bedeutung des Geschlechterantagonismus wird durch den vergleichenden Blick auf die südostasiatischen Schwellenländer schlagartig klar: Während Afrika hungerte und Lateinamerika mit einer Krise von 20 Jahren Dauer überzogen wurde, war die dortige Ökonomie von einem ungebrochenen Boom gekennzeichnet, welcher im Wesentlichen auf weiblicher Weltmarktarbeit beruhte. Der Patriarchalismus und das Arbeitsethos der Reisbauernkulturen hatte sich als beständig und exploitabel erwiesen, die Verfügbarkeit der Töchter war der Schlüssel der dortigen Industrialisierung.

Aber auch dieser Patriarchalismus bricht sich an der Modernisierung. In Afrika, Lateinamerika und auch dort ist die Auflösung der hauswirtschaftlichen Produktion nicht mehr zu übersehen. Vor einigen Jahren wurde geschätzt, daß ein Drittel aller Haushalte in den drei Kontinenten ohne Mann geführt wurde, und diese Entwicklung hat sich in den letzten Jahren weiter verstärkt: durch Migration und Flucht werden familiäre Bindungen gelockert, die Einkommenslosigkeit der Männer hat diese für die Reproduktion überflüssig werden lassen, immer häufiger sichern informelle Beziehungen unter den Frauen die Reproduktion. Die Verhältnisse zwischen den Geschlechtern werden zunehmend von Gewaltformen geprägt, die keine familienökonomische Legitimation mehr haben. Diese Auflösung der Hauswirtschaft, welche seit dem Neolithikum eine Konstante der geschlechtlichen Arbeitsteilung gewesen ist, ist wahrscheinlich die bedeutsamste Entwicklung der Moderne. Sie ist mit einer tiefen Krise des Patriarchalismus verbunden.

Daß den Frauen in dieser Krise die Rolle zufällt, mit Zähigkeit und ungeheurer Mehrarbeit die Reproduktion ihrer selbst, der Kinder und oft auch noch der abgehalfterten, aggressiven Patriarchen zu sichern, liegt nicht in ihrer Natur begründet, sondern ist Erbe einer untergehenden Zeit. Vielleicht aber ist die Kontrolle über notwendige Subsistenzmittel auch ein Faustpfand.

Andererseits hat die Krisenpolitik der 70er und 80er Jahre, gemessen am Geschlechterantagonismus, ungeheuer zerstörerische Züge. Die Bevölkerungsökonomie ist wesentlich eine Ökonomie der Verfügbarkeit weiblichen Arbeitsvermögens, und sie trifft die Frauen nicht nur in Form der Vertreibung, der Geburtenkontrolle, der Rationalisierung der Überlebensökonomie (hier liegt eine wichtige Funktion der NGOs), sondern die Verwarenförmigung weiblichen Arbeitsvermögens, die Verwertung weiblicher Körper ist neben der Auflösung der Hauswirtschaft ein zweites essentielles Merkmal des gegenwärtigen Imperialismus. Sie ist nur als Folge einer Erhaltungs-Auflösung der Hauswirtschaft möglich, ein instabiler Zustand, Folge

des imperialistischen Zugriffs, Verwertung der Zerstörung. Neun Zehntel der Weltmarktarbeitskraft ist weiblich, die Frauen sind als Cash Crop auf den Markt geworfen und nicht nur ihre Arbeitskraft, sondern sie selbst gehen "mit Haut und Haar" in den Verwertungsprozeß ein; zwischen der Arbeit in Weltmarktfabriken, als Haushaltshilfe oder in der Prostitution besteht da kein Unterschied. Der imperialistische Zugriff auf die Frauen wird abstrakt durch die Taylorisierung der Körper in Form der Pornographie, des Organhandels, der Gentechnologie: die reelle Subsumtion weiblicher Funktionen ist die technokratische Reaktion auf die Krise des Patriarchats.

All dies ist das Terrain, in dem die entscheidenden Frontlinien des Imperialismus zu verlaufen scheinen, noch vor den weiteren großen Themen des Antiimperialismus: dem Rassismus als Regulation des sozialen Gefälles im Großraum und der Migration.

4.

Für uns hatte vor 10 Jahren eine Analogiebildung zwischen europäischer Sozialgeschichte des 18. und 19. Jahrhunderts und trikontinentalen Konstellationen einen großen heuristischen Wert,

und vielleicht ist eine solche auch hilfreich für die Diskussion des Antipatriarchalismus. Immer mehr sozialhistorische Befunde deuten auf die "vehemente Präsenz der Frauen in den Volkserhebungen des Ancien Régimes"; die ursprüngliche Akkumulation hatte die patriarchale Familienstruktur untergraben, Hunger und Mangel hatten den Unterschichten Öffentlichkeit und Subsistenz eins werden lassen, das öffentliche Prestige der Männer war zerbrochen. Die Food Riots und Journées, an denen Frauen führenden Anteil hatten, zielten auf die Sicherung des Brotpreises und die Kontrolle des Markts. Die Revolten dieser "rebellischen Weiber" waren Sicherung des Überlebens genau wie das Ährenlesen und Holzsammeln, und genau darin waren sie eminent politisch, indem sie nämlich einen Antagonismus zwischen Reproduktion und Verwertung vergesellschafteten, der sich gegen die Getreidespekulation als modernste Form der Akkumulation richtete und in dem es erstmals um die Aneignung der zweiten Natur ging.

Inzwischen gibt es kaum mehr Grund, über die Frage zu lächeln, ob nicht die Einführung der kapitalistischen Lohnarbeit selbst eine strategische Antwort des Patriarchats auf die Präsenz dieser "rebellischen Weiber" war. Jedenfalls gab es in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts eine zunehmende Verschränkung zwischen der Entwicklung des Kapitals und einem Arbeiterpatriarchalismus, der sich über die an den Mann gezahlten Löhne stabilisierte.

Dieser Weg kapitalistischer Entwicklung als Antwort auf die Krise des Patriarchats steht in den drei Kontinenten heute mehrheitlich nicht offen. Wohl aber sind Reaktionen auf diese Krise erkennbar, die um so mehr auf nackte sexistische Gewalt rekurrieren, je weniger sie über eine "zivilisatorische" Entwicklungsperspektive verfügen. Hierzu gehören tribalistische und nationalistische Bewegungen, Machismus, religiöser Fundamentalismus und militärische Massaker. Die uns naheliegende Frage aber ist die, ob nicht auch in Befreiungsbewegungen derartige Momente sexistischer Reaktion enthalten sind. Zum einen ist die Inszenierung von sozialen Konflikten auf der von Männern besetzten öffentlichen politischen Bühne eine Form der Rückgewinnung der Initiative, welche auch die frühe Arbeiterbewegung gekannt hat und die sich heute zum Beispiel am Verhältnis der PLO zur Intifada studieren läßt. Zum anderen enthält die Militarisierung von Konflikten auch in Guerillabewegungen ein machistisches Drohpotential, welches durch die Beteiligung von Frauen an der Guerilla kaum gemildert wird. - Damit soll nicht leichtfertig der Entwaffnung trikontinentaler Bewegungen das Wort geredet werden, die Fragen aber sind essentiell für die Diskussion eines antipatriarchalen Antiimperialismus.

5.

Männer im antipatriarchalen Zusammenhang sollen nicht Freunde der Frauen sein oder edle Ritter, sondern Feind der Männer. Diese Feindschaft müßte in politische antiimperialistische Projekte münden, wenn es nicht bei Leibesübungen bleiben soll.

Aber die Bedingungen dafür sind trist. Das ist nicht nur auf die Krise der Linken und der Solibewegungen zurückzuführen, sondern liegt auch an der Komplexität neuer Fragen und einer tiefgreifenden Verunsicherung. Befreiungsbewegungen sind vergleichsweise bequeme Adressaten für Solidarität - Frauenwiderstand, informell und mit der List der Ohnmacht, ist es weniger. Wir können beginnen, uns mit diesem Widerstand bekannt zu machen, und wir sollten es auch tun, um unsere Orientierung zu schärfen, aber zu einer Solidarität als Kofferträger oder einer Interaktion von metropolitanem und trikontinentalem Antipatriarchalismus werden wir kaum finden. Was wir beschreiben können, sind globale soziale Prozesse; was wir tun wollen, müssen wir hier in der Metropole tun und dafür Orientierungen finden. Strategien sind denkbar, die sich gegen die Agenturen der Bevölkerungsökonomie des Großraums und gegen sexistische Reaktionen auf die Krise des Patriarchats richten. Aber nichts geht ohne heheres Ziel.

Hilfsweise könnten wir einen quasi naturrechtlich begründeten Katalog elementarer Grundsätze zum kategorischen Imperativ erheben, in dem das Existenzrecht eines jeden Menschen, ein prinzipielles Prärogativ der Frauen, ein konsequenter Antirassismus, freie Mobilität und Selbstbestimmung festgeschrieben sind. Ohnehin denke ich, daß das Beharren auf elementaren Menschenrechten derzeit die radikalste Position ist, die gegenüber dem Imperialismus eingenommen werden kann.

W.Bergmann

Literaturhinweise:

1. Autonomie, Neue Folge, Heft 10 Hamburg 1982 (2.Auflage Berlin 1988)
2. Autonomie, Neue Folge, Heft 14 Hamburg 1985 (2. Auflage Berlin 1988)
3. Materialien für einen neuen Antiimperialismus, Heft 1 und 2, beide Berlin im Verlag Schwarze Risse

BETRIFFT: ANFRAGEN AUF AKTEN-EINSICHT BEIM LANDESAMT für VERFASSUNGSSCHUTZ

Es besteht weiterhin die Möglichkeit, daß ihr oder euer Betrieb einen Antrag auf Akteneinsicht beim Landesamt für Verfassungsschutz stellt.

Unsere Erfahrungen haben gezeigt:

- bei Ablehnung der Akteneinsicht, die Widerspruchsfrist nicht einfach verstreichen lassen,
- nicht allein zur Akteneinsicht zu gehen,
- sich nicht unvorbereitet dieser Situation beim Landesamt auszusetzen,
- die dort enthaltenen Informationen auszutauschen um ggf. ein weiteres Vorgehen zu besprechen,

Dazu bieten wir euch folgende Beratungstermine an: Jeden 1.Dienstag im Monat von 19-20 Uhr in den Räumen des ERMITTLUNGSAUSSCHUSSES im MEHRINGHOF, und jeden 1.+3. Donnerstag im Monat von 15-17 Uhr im PAPIERTIGER, Cuvrystr.25 , 1/36

Durchsuchung des Schwarzmarkt, Hamburg

Am Donnerstag, dem 14.11. fand im Buch- und Infoladen Schwarzmarkt eine fünfstündige Razzia statt.

Offizieller Grund: ein Ermittlungsverfahren gegen unbekannt wegen der Zeitung radikal, Nr. 144, die nach 129a, Abs. 3 wegen Werbung für die RZ kriminalisiert wurde.

Vorangiges Interesse war die Beschlagnahmung der Nr. 144, Teil 1 und 2, sowie "mit der Verbreitung der Schrift zusammenhängende Gegenstände" (gemeint sind damit wohl die netten Aufkleber, sowie T-Shirt- und Aufnäherdrucke).

Die Durchsuchung unserer Räume wurde von "ganz oben" beantragt, nämlich vom Generalbundesanwalt gem 102, 105, 169 StPO.

Dementsprechend waren die Hauptakteure 5 BKAler (TE 13), unterstützt von LKAlern, sowie 16 Hamburger Bullen, die sich draußen rumtrieben, um die dort stehenden Leute zu beobachten, Namen von Anwesenden zu notieren und sonstwie rumzuschnüffeln.

Zum Ablauf:

Die Bullen kamen um 12 Uhr und trafen im Laden 2 Leute an, deren Personalien sie festgestellt haben. Diese beiden konnten als Zeugen drin bleiben (jedoch in ihrer Bewegungsfreiheit stark eingeschränkt), ansonsten kamen außer dem offiziellen Geschäftsinhaber keine/r mehr rein. Da die Anwesenden nicht telefonieren durften, hat schließlich ein Bulle den Anwalt angerufen und dem den eigentlichen Grund genannt. Die Durchsuchung haben sie ausgesprochen gründlich durchgezogen, über 5 Stunden haben sie bei uns jedes Blatt umgedreht, einen Raum einer anderen Gruppe aufgebrochen, selbst hinten im Garten rumgewühlt.

Spannend fanden sie unsere Buchhführung, Karteikästen., Papierkram für Buchbestellungen etc., weil sie unserer Meinung nach Anhaltspunkte zum Vertrieb der radikal finden wollten (es gab aber nix!!!!). Aber bei der Begrabbelung unseres Bürochaos beließen sie es nicht, da sie ja irgend etwas mitnehmen mußten, um den Einsatz zu rechtfertigen. Sie spielten Schornsteinfeger, indem sie sich auf die Asche im Ofen stürzten, danach waren die Mülleimer und unsere Lagerräume dran, schließlich hatten sie mehrere Tüten zusammen.

Geklaut haben sie:

- 29 x radikal Nr. 144
- 7 x radikal Nr. 143
- 29 x das Buch "Die Rote Zora"
- 2 x T-Shirt mit Raf-Symbol
- 8 x Angehörigen-Info Nr. 75 (dagegen läuft ein 129a-Verfahren)
- Fax journal
- Fernschreiben der Bullen zu den Barrikaden von 87
- Prospekt vom Druckkollektiv Lutter (da gibts Radi-T-Shirts zu kaufen)
- einen Schwund Plakate "Vorsicht Menschenjäger", auf dem Zivis abgebildet sind

Wegen letztgenannten Punkt, dem Plakat, hatten wir und ein anderer Laden in HH gerade erst am Mi, dem 16.10.91 ne Durchsuchung, bei der sie nix gefunden haben.

Die Durchsuchung bei uns läuft unter demselben Aktenzeichen (2BJs178/91-4) wie die Durchsuchung in Berlin im Kopierladen M 99 am 1.11.91. Außerdem gab es in den letzten Tagen auch in Karlsruhe eine Durchsuchung wegen der radikal, (dazu wissen wir leider nix genaues).

Wir denken, daß es sich um eine bundesweite Aktion des BKA gegen die radikal handelt und sich über diesen Hebel auch gegen die bundesweite Infoladenstruktur richtet. Wir sind der dritte Laden in einer Reihe von wahrscheinlich folgenden Razzien in anderen Infoläden BRDweit.

Außerdem ist dies eine der breitangelegensten Aktionen gegen die Radi seit der Nr. 132 (Sommer 86)

Es gab Anzeichen für Razzien gegen Indoläden aufgrund vn Hetzartikeln in der "Welt". Zwei Tage vor der Durchsuchung kam offensichtlich ein Zivi in den Laden und fragte nach der radikal. Eine genauere Einschätzung, was das für uns heißt, können wir noch nicht abgeben.

Aber eins ist klar:

Wir lassen uns nicht einschüchtern und werden auch weiterhin alles verbreiten, was uns wichtig ist!

Seid wachsam!!!! und laßt uns die Organisationsdiskussion vorantreiben!

Wir werden siegen!

aus: "Wilacat" Nr. 57

Harter Staat und weiche Birne
oder: »Euer Mut und unsere Schlauheit«[1]

Das folgende hat nicht den Anspruch, die Demo in Hoyerswerda umfassend zu kritisieren. Diese Diskussion wird zur Zeit in Berlin in aller Schärfe geführt. Die Demo war in vielen Punkten gelungen: es wurde viel gesprüht und plakatiert (Hoyerswerda war für einige Tage sicherlich die bunteste Stadt in der BRD). Es wurde insgesamt viel diskutiert an diesem Tag, und das hat bestimmt über den Tag raus gewirkt. Stattdessen wollen wir einige wunde Punkte des autonomen Antifaschismus aufzeigen und einige Fragen stellen, die sich gemeinhin leider niemand stellt. Das folgende ist also ein Anfang, noch keine Analyse der gesamten Situation, erst ein paar Ideen, wie unser weiterer Kampf gegen rassistische Tendenzen und unser Eingreifen in den Klassenkampf 91/92 aussehen könnte.

Hoyerswerda war bis in die 60er Jahre ein kleines Dorf in Sachsen. Dann wurde eine »Arbeiterstadt« mit 60 000 EinwohnerInnen aus dem Boden gestampft, die fast alle »in der Braunkohle« arbeiten. Seit Anfang der 80er Jahre hatte die DDR aus Mosambik und Vietnam insgesamt zehntausende billiger Arbeitskräfte ins Cottbusser Braunkohlerevier geholt. Sie wurden in Wohnheime gestopft, oft 4, 5 Mann auf einem Zimmer. Mit dem Ende der DDR und der beabsichtigten Schließung der riesigen Braunkohle-Tagebaugruben wurden sie nach und nach in ihr Heimatland zurückgeschickt. Etwa 200 von ihnen waren noch da, als eine Gruppe Faschisten Mitte September vietnamesische Händler vom Wochenmarkt vertrieb. Diese zogen sich in das Wohnheim zurück. Nachts flogen dann Steine aufs Wohnheim ....

Bereits seit einiger Zeit hatte die Geschäftsleitung des Braunkohlebetriebs den ausländischen Arbeitern immer mehr Schwierigkeiten gemacht. Beispielsweise hatte sie die Prämie für deutsche Arbeiter um mehr als 800 DM erhöht, die für ausländische nur um etwa 200, und ihnen gleichzeitig das »Angebot« gemacht, ihre Verträge vorzeitig zu beenden. Stattdessen waren sie in Streik für gleiche Prämien getreten, woraufhin ihnen die Geschäftsleitung den Zutritt zum Werksgelände untersagte. Es kam zu Verhandlungen im Wohnheim, die zu keinem Ergebnis führten - drei Stunden später begannen die Angriffe aufs Wohnheim.

Um die ausländischen Arbeiter loszuwerden, hätte der Betrieb ihnen eine Abfindung zahlen müssen. (Es gibt auch das Gerücht, der Unternehmer habe die Faschos bezahlt oder aufgehetzt, Leute wollen ihn im Gespräch mit einigen von ihnen gesehen haben.)

In der Nacht darauf kamen die Faschisten wieder, diesmal zwei Dutzend. Den Arbeitern riß schließlich der Geduldsfaden und sie schlugen die Faschos mit einem Gegenangriff zurück. Danach verlagerten sich die Angriffe auf das Wohnheim für AsylbewerberInnen und steigerten sich nun jede Nacht. Es kamen Faschisten aus der ganzen Umgebung zusammen und nach und nach scharten sich etwa 300 Leute um den Schauplatz, aus dieser Menge wurde geklatscht, wenn Mollis ihr Ziel trafen. In dieser Menge waren auch viele Jugendliche, die Zoff mit den Bullen wollten, und denen Faschisten und Ausländer egal waren.

Der Staat kokettierte tagelang mit seiner angeblichen Hilflosigkeit und ließ dann am 23.9. die meisten der Arbeiter und alle AsylbewerberInnen überstürzt abtransportieren - durch Spaliere beifallklatschender AnwohnerInnen.

»Hoyerswerda« war die bisher dichteste staatliche Mobilisierung. Es war gleichzeitig die dichteste Übereinstimmung der Linken mit dem Staat: von Flugis über taz bis zu Springers Morgenpost waren sich alle einig, daß man den Ossis Demokratie beibringen müsse. Was bei der taz so weit ging, daß sie BGS, Stacheldraht und immer wieder schärfere Gesetze für die Ossis forderte.

Am 29.9. fuhr aus Berlin ein Konvoi mit etwa 1000 Leuten zur »antirassistischen Demo« in Hoyerswerda. Nach Sammeln auf dem Parkplatz außerhalb ging die Demo Richtung Neustadt: ein ungeheures Konglomerat von 60er-Jahre-Realsozialismus-Arbeiterkaninchenställen, Plattenbauweise, die schon sichtbar bröckelt. Die üblichen Parolen »Nazis raus, Ausländer rein« usw. (uns fielen keine besseren ein, blieben wir also still), Typen, die sich mit Schaum vorm Maul vor den Wohnsilos aufbauen und mit hochgerecktem Mittelfinger in Richtung der Leute auf den Balkonen schreien: »Schämt Euch!«, »Wer schweigt, stimmt zu!«, »Nazis raus!«. Solch klarer politischer Bestimmung des eigenen Standpunkts folgten auch Taten: Angriffe auf Autos, Steine auf Privatwohnungen.

Dann zogen die Bullen eine dünne Kette vor dem (verlassenen) Asylantenwohnheim auf und wollten uns nicht weiterlassen. Daraufhin begannen Leute, Betonplatten zu zerkleinern und sich auf das Überrennen der Bullenkette vorzubereiten - sogleich wurden sie von vielen Leuten umringt, die sie davon abbringen wollten. Die Vermummten antworteten mit »autonome Reformisten!«, Faustschlägen und Knüppelhieben auf den Kopf. Schließlich beschloß die Demoleitung umzukehren. Wir hielten es in der Demo mit ihren antifaschistischen Moralparolen und ihrer inneren Zerfahrenheit und Aggressivität gegeneinander nicht mehr aus und machten uns zu fünft auf in »Feindesland«. Bei diesem Spaziergang durch die Neustadt haben wir fast durchweg Leute getroffen, die entsetzt waren über die Angriffe auf die Ausländer - die aber allesamt keine Möglichkeit gesehen hatten, da selber einzugreifen, oder sich wenigstens hinzustellen und klarzumachen, daß sie das Scheiße finden. Eine junge Frau sagte: alle älteren Leute denken so, meine Mutter findet das auch gut, was die Faschisten gemacht haben. In Zukunft wäre es peinlich, wenn man gefragt wird: Wo kommst du her?

Als wir zur Demo zurückkamen, stand sie schon seit geraumer Zeit vor einem zweiten Bullenkordon (BGS). Es gab über zwei Stunden lang Verhandlungen. Auch diesmal hatte der Druck von außen sofort wieder die blutigen Auseinandersetzungen innerhalb der Demo aufflammen lassen. Inzwischen hatte sich aber auch ihr Charakter zu ändern begonnen: immer mehr Jugendliche aus Hoyerswerda reihten sich in die Demo ein, machten Durchsagen durch den Lautsprecher, ein alter Mann winkte mit seiner roten Fahne vom Balkon, ließ Getränke runter, andere Leute verteilten Stullen an

1 *Ausspruch eines Autonomen auf einer VV in Berlin, um Streit zwischen Antifa-Gencliks und Autonomen zu glätten.*

die Demonstranten ... Bei schon anbrechender Dunkelheit durften wir dann endlich - mit Pfarrern an der Spitze - zu demonstrieren anfangen. Als wir uns auf den Weg machten, waren wir vielleicht noch tausend, möglicherweise nochmal tausend waren ausgeströmt und schlossen sich wieder an; am Ende der Demo waren wir etwa 3 000 - das heißt, einige hundert Hoyerswerdaer hatten sich angeschlossen (vor der Demo, hinter der Demo, die meisten nebenher, aber auch ziemlich viele Mutige mittendrin).
Der Endpunkt der Demo war das Arbeiterwohnheim, in dem sich noch immer 21 Mosambikaner aufhalten. Die waren in den obersten beiden Stockwerken (etwa 11. und 12.) und hängten weiße Bettücher aus dem Fenster. Nun nahte der emotionale Höhepunkt: »Wir haben euch ein Lied mitgebracht«... und dann volle Power über die Lautsprecher »Deutschland verrecke!« Da entdeckten die meisten Schwarzvermummten mit Haßkappe das Kind im Manne, bekamen weiche Knie, tanzten, jauchzten, »geil, ey!«. Die internationale Solidarität war wieder hergestellt, die Demo ein voller Erfolg - für all diejenigen zumindest, die gedacht hatten, daß sie hier 60 000 Faschisten treffen würden und jetzt gesehen hatten, daß das nicht so war! Für alle anderen stellen sich einige Fagen:

1 **Mit dem neuen Ausländergesetz,** mit den faschistischen Gröhlbanden an der polnischen Grenze, mit den systematischen Angriffen auf Ausländerwohnheime und zuletzt mit der Vertreibung der afrika-





nischen Arbeiter und der Asylbewerber aus Hoyerswerda und den Aktionen von Politikern und Polizei dazu bereitet der bundesdeutsche Staat ein neues Arbeitsmarktsegment vor: die (illegale) Ausbeutung von mehreren Millionen neuen MigrantInnen.
»Hoyerswerda« war der vorläufige Höhepunkt einer staatlichen Kampagne gegen die hier ankommenden MigrantInnen und gegen die hier lebenden AusländerInnen.
Die Konstellation ist verblüffend ähnlich wie 1986: Die Unternehmer in der BRD haben das Problem, daß nach den 1,1 Millionen Übersiedlern, die 88 und 89 kamen, nun die Einwanderung stark zurückgeht (Bauindustrie, Gastronomie und Landwirtschaft klagen schärfstens über »Arbeitskräftemangel«). In Analyse- und Strategiepapieren für den eigenen Gebrauch gehen Unternehmer und ihre Berater davon aus, daß die BRD in den 90er Jahren mehrere Millionen neue MigrantInnen braucht. Nun kochen seit Monaten Politiker die »Asylantenfrage« hoch (dabei machen AsylbewerberInnen nur einen geringen Teil der Einwanderung aus). Die BRD braucht mehr Arbeitsmigranten, aber die sollen nicht als selbstbewußte ArbeiterInnen hier ankommen, sondern als eingeschüchterte und »geduldete« AusländerInnen. Der Staat ist am Experimentieren: große Zuwanderungswellen haben zwar immer zu Zoff innerhalb der Klasse geführt, meistens aber auch recht schnell neuen Wind in den Klassenkampf gebracht (»Italienerstreiks« in den 60ern, »Türkenstreiks« zu Beginn der 70er). Zielten frühere staatliche Maßnahmen auf eine »Integration der Gastarbeiter«, so zielen sie jetzt auf eine »Prekarisierung der Migration«: Arbeitserlaubnis für Asylbewerber, Durchlöcherung des Asylrechts, das neue Ausländergesetz, das Gewährenlassen faschistischer Banden, die Medienhetze um das »Asylantenproblem« (rassistische Konditionierung der ansässigen Arbeiterklasse), der plötzlich einsetzende Medienrummel um die Angriffe auf »AusländerInnen« (mit erwünschten »Copycats«) sind Teile einer staatlichen Strategie, die den Boden bereiten soll für die in den nächsten Jahren ankommenden MigrantInnen.

2 **Diese Kampagne** richtet sich gleichzeitig gegen die gesamte Arbeiterklasse und speziell gegen drohende Kämpfe in der ehemaligen DDR.
Die vielen Angriffe auf Ausländerwohnheime in den letzten Jahren waren in der Regel auf der »bunten Seite« der Zeitungen als Kurznotiz zu finden. In der Woche, in der es der Presse plötzlich gefiel, die Angriffe auf die ersten Seiten zu bringen, besetzten ein paar Dutzend Kilometer weiter Tausende ArbeiterInnen der Tridelta-Werke das Hermsdorfer Autobahnkreuz und machten es den ganzen Freitagnachmittag über dicht. Sie hatten erfahren, daß Tridelta geschlossen werden soll. Eine solche Aktion hatte es noch nicht gegeben in der bundesdeutschen Geschichte (höchstens mal minutenlange Autobahnbesetzungen unter schärfster Kontrolle der Gewerkschaft und mit der Polizei abgesprochen), das durfte sich auf keinen Fall weiter ausdehnen. Denn in den nächsten Monaten stehen allein im Süden der DDR Hunderttausende von Entlassungen bevor. Im Gebiet um Hoyerswerda fallen wie anderswo in der ehemaligen DDR zwei Ereignisse zeitlich fast zusammen: Zwei Tage nach der Demo wurden die Mieten verfünf- und versechsfacht: eine Einraumwohnung in den herrlichen Silos kostet jetzt 250 DM. Zweitens laufen Ende des Jahres die Kurzarbeiterregelungen aus, die 60 000 ArbeiterInnen in Hoyerswerda arbeiten fast alle im Braunkohletagebau und der Kohleweiterverarbeitung, Ende des Jahres soll das dichtgemacht werden. Die Arbeitslosigkeit wird schlagartig hochschnellen. Was, wenn sich die ArbeiterInnen wehren? Wenn sie in ihrer auch räumlichen Konzentration in Hoyerswerda ihre Macht entdecken?
Die Arbeiterklasse in der ehemaligen DDR hat seit der »Wende« nicht aufgehört zu kämpfen und sich zu wehren. Durch das Hochkochen von »Ausländerhaß« wird zweierlei erreicht: den Leuten wird ein Sündenbock für ihr eigenes Elend vor die Nase geschoben und gleichzeitig werden alle Ossis als potentielle RassistInnen gebrandmarkt, um sie einzuschüchtern und drohende Klassenkämpfe unterm Deckel zu halten.

3 Ausländerhaß ist eine Pflanze von unten. Auf die Verunsicherung und teilweise auch materiellen Verschärfungen durch die 1,1 Millionen »Übersiedler«, auf das Steckenbleiben der Klassenbewegungen in den alten Bundesländern, auf die breiten sozialen Verwerfungen und Mobilisierungen durch die »Wiedervereinigung«, auf die traumatischen »außenpolitischen« Ereignisse (Golfkrieg, Bürgerkrieg in Jugoslawien ...) gibt es massenhafte Reaktionen, sich abzukapseln (in der Familie, in der »deutschen« Wohnsiedlung, Nationalitätengruppen in der Fabrik, in der Freizeit ...). Es gibt eine breite Angst vor der Zukunft (ökologisch, mit dem Krieg, mit Massenarbeitslosigkeit oder wie auch immer begründet). Es gibt wachsende Aggressionen, und es gibt die zunehmende Tendenz, »zu viele Ausländer« für die eigenen Probleme und noch mehr für in die Zukunft projektierte Ängste verantwortlich zu machen.

Die Leute sind aggressiver geworden, insgesamt erinnert die Lage ein bißchen an die 60er Jahre und die Verteufelung der »Itacker«: arbeitsscheu, machen die Löhne kaputt, steigen den deutschen Frauen hinterher... Zwei Sachen sind anders: es gibt heute schon viel mehr Bewegungen, aber es gibt viel weniger Aufbruchstimmung als in den 60ern.

Deshalb hat es der Staat bisher recht einfach, diese Tendenzen in der Klasse für die eigenen Zwecke auszunutzen.

4 Es gibt keine Linke auf der Welt, die sich so wenig um die »proletarische Welt« kümmert, und die sich gleichzeitig immer sofort sicher ist, wenn es dort Probleme gibt, daß »Rassismus, Faschismus, Sexismus, Deutschtum« usw. usf. dran schuld sind. Diese Parolen haben vor allem ein Ziel: sich die soziale Realität weiterhin vom Hals zu halten, sich nur moralisch mit ihr auseinanderzusetzen.

Die Mobilisierung nach Hoyerswerda war unter der moralischen Entrüstung gelaufen: »Ihr kotzt uns an und das werden wir euch zeigen!« Einige Antifaschisten hatten die Vorstellung einer »Strafexpedition« und tobten sich auch dementsprechend aus. Sie vertreten auch noch im Nachhinein, daß in Hoyerswerda »90 oder 99% Faschisten« wohnen würden.

Niemand hat sich drum gekümmert, ob es reale Probleme zwischen »Ausländern« und »Hoyerswerdaern« (alles »Zugezogene«!) gab, wie die Menschen bisher damit umgegangen waren usw. Probleme, wie es sie in jeder Szenekneipe und in jedem besetzten Haus gibt, in dem deutsche GenossInnen mit ausländischen ArbeiterInnen zusammenzuleben versuchen. Zum Beispiel gab es auch in Kreuzberger Szenekneipen schon Schlägereien mit Afrikanern, weil diese die Frauen angemacht hatten; zum Beispiel gab es Schlägereien in der Demo zwischen »Deutschen« und »Ausländern« - Zufall, wenn so was »bei uns« passiert? Rassismus, wenn es unter ArbeiterInnen passiert?? Etwas, das totgeschwiegen werden muß, wenn es unter AsylbewerberInnen selbst passiert???

5 »Hoyerswerda« ff. wurde und wird von der politischen Klasse (von den Reps bis zu den Grünen) für ihre Zwecke eingesetzt. Vollendete Tatsachen schuf der Staat mit seinem absichtlich überstürzten Abtransport der »gefährdeten Ausländer«: eine Einladung an Nazis und besoffene Kegelbrüder, so weiter zu machen. Als staatliche Inszenierung gegen neue ImmigrantInnen war es wesentlich besser gelungen als die brutale Vertreibung der albanischen Flüchtlinge aus Italien - denn dort war der Staat sichtbar, in der BRD wird nun »Volksempfinden« vorgeführt, hinter, vor oder gegen das sich der Staat dann stellen kann.

Diese Kampagne ist besser und von längerer Hand vorbereitet als die »Flutkampagne« 1986 (damals hatte die staatliche Kampagne eher zu Solidarisierungen geführt). Das hat auch zu einer weitgehenden Entsolidarisierung bei institutionellen Gruppen und der liberalen Linken geführt. Heute sind sich fast alle von links bis rechts, grün bis braun, Kirche bis »pro asyl«, Türke bis Ossi in zwei Sachen einig: Erstens wir haben nichts gegen Ausländer. Zweitens das Boot ist voll. Die einzigen, die aus dieser Front ausscheren, sind die Unternehmer, die Wirtschaftswoche titelte: »Im Boot ist noch Platz« und schrieb ganz unverblümt, daß die ganze Auseinandersetzung nur »wahltaktische Gründe« habe.

Die CDU versucht, mit der »Asylantenfrage« Wählerstimmen zu holen. Lafontaine, der seit Jahren zu den schärfsten Einheizern gegen AsylbewerberInnen und ÜbersiedlerInnen gehört, stellt sich medienwirksam auf den Marktplatz von Hoyerswerda. Die »taz« fordert BGS-Truppen und Stacheldraht gegen »die Ossis«, die noch nicht reif für die Demokratie seien. Die Linke in Deutschland hat sich weitgehend »verstaatlicht« (von den Grünen bis zu den autonomen SozialarbeiterInnen). »Politik von unten« kann sie sich höchstens noch als Streetworker-Arbeit vorstellen. Ihre Praxis verfestigt das Weltbild der Faschos: gegen die Linken und ihren Staat ...

6 Der BRD-Staat benutzt die Faschisten. Der deutsche Staat kann in den »neuen Bundesländern« noch nicht so flächendeckend auftreten, wie wir Wessis es gewohnt sind: kaum Polizeipräsenz, kaum SozialarbeiterInnen usw. Aber dieser Staat ist dabei, aus seiner Position der Schwäche rauszukommen. Süditalien ist ein Beispiel dafür, daß schwache staatliche Präsenz keineswegs Anarchie bedeuten muß: dort übernimmt die Mafia die Staatsfunktionen. Hoyerswerda zeigt: dieser Staat kann n Dutzend Faschisten dazu benutzen, um mit Hilfe seiner Medien (inklusive der »linken«) allen AusländerInnen zu zeigen, daß nun ein anderer Wind wehen solle - deshalb werden die aus Hoyerswerda Geflüchteten auch weiterhin exemplarisch schlecht behandelt (auseinandergerissen, nicht legalisiert usw.).

Aber die Staatsmacht ist auf dem Gebiet der früheren DDR wirklich zu schwach: nicht nur gegen Hooligans, sie hat bisher nichts in der Hand, um beispielsweise gegen Autobahnbesetzungen, Streiks usw. vorzugehen. Dafür reichen sicherlich auch nicht die paar Faschos. Andererseits brauchte man einen Vorwand: Man kann nicht ein Jahr nach der Wiedervereinigung offensichtliche Aufstandsbekämpfungstruppen hinschicken. Dieser Vorwand für die Verlegung des BGS ist nun gefunden (die taz kann sich freuen!).

Von Politikern und Medien ausgelöst liefen in den ganzen Wochen flächen-



deckend systematisch Angriffe auf AusländerInnenwohnheime. Zum erstenmal hatten Faschos breite Öffentlichkeitswirkung - Hunderte von rechten Stammtischbrüdern sahen sich aufgefordert, endlich zur Tat zu schreiten.
Ganz von der Hand zu weisen ist bei einigen der Anschläge auch nicht die Beobachtung eines LKA-Bullen, sie seien »in ihrer Präzision untypisch für die rechtsradikale Szene«, untypisch sei außerdem, daß es keine prahlenden Bekennerschreiben gebe .... Wie war das mit »Gladio«?? (siehe auch Wildcat 53 S.16!)

7 **Der BRD-Staat benutzt die AntifaschistInnen.** Der politische Antifaschismus als revolutionäre Strategie ist am Ende. Er findet kein Mittel, nicht vom Staat genauso wie die Nazischlägerbanden funktionalisiert zu werden. Er hat keine politische Substanz: wenn organisierte Antifaschisten verkünden, die Situation jetzt sei wie 1933, machen sie sich nur lächerlich. Er hat keine moralische Substanz: die härtesten Fights und die meisten Verletzten gab es bei der Demonstration in Hoyerswerda untereinander; das Funktionalisieren von jungen Kids, die bisher dafür gesorgt haben, daß auf Antifa-Demos der richtige Dampf aufkam, fällt auf ihn zurück. Die politische Antifa ist nur noch Rekrutierungsfeld für hierarchisch strukturierte politische Organisationen - und natürlich weiterhin Betätigungsfeld für Militanzbolzen.
Aber dies sollte uns auf keinen Fall den Blick verstellen auf die vielen neuen Leute, die es einfach ankotzt, wie hier mit ausländischen Menschen umgesprungen wird und die was dagegen tun wollen. Solange wir nichts besser vorschlagen und praktizieren, werden sie sich erst mal über »Antifa« politisieren...

8 **Drehen wir »Hoyerswerda« um!** Die Demo in Hoyerswerda hat in gebündelter Form eine Erfahrung gezeigt, die wir gerade überall in der Gesellschaft machen können: Entschiedenes Auftreten wird sehr schnell zum Kristallisationspunkt, denn die Stimmung ist überall sehr politisiert.
* In einer Berliner Fabrik, in der bisher fast ausschließlich TürkInnen arbeiteten, hatten die massiven Einstellungen zunächst von Vietnamesen, dann von Übersiedlern und schließlich von Ossis massiv die gemeinsame Kampfstärke untergraben. Seit dem Golfkrieg hatten sich die ArbeiterInnen sehr stark aufgespalten: Kartenspielen, Essen, miteinander reden in den Pausen lief fast ausschließlich nach nationalen Zugehörigkeiten. Die Pressemeldungen über Hoyerswerda haben da viel aufgebrochen und in Bewegung gebracht: Die TürkInnen haben zunächst untereinander sehr viel darüber diskutiert, wie sie mit dieser Situation umgehen sollen, wie sie sich wehren können (man muß dazu wissen, daß sie mit ihren Familien seit diesem Sommer angefangen haben, das Umland zu erobern: Döner Kebab kriegt man inzwischen auf allen Wochenmärkten im Umkreis von 50 km, aber auch türkische Klamotten usw.). Als nächstes lief dann ziemlich viel Anmache vor allem gegen Ossis mit kurzen Haaren: »Na, auch Faschist?« und so. In den nächsten Tagen wurde das von Türken und Vietnamesen massiv ausgeweitet gegenüber allen deutschen Vorgesetzten. Die trauten sich schließlich nicht mehr in die Nähe der Bänder, weil sie überall mit »Heil Hitler« usw. empfangen wurden. Am Tag der staatlichen Vertreibung der AusländerInnen aus Hoyerswerda sahen sich die Vorgesetzten gezwungen, eine förmliche Erklärung abzugeben, daß sie keineswegs Nazis seien, nicht gegen Ausländer hätten und die Vorfälle bedauerten. In dieser aufgeheizten und sehr politisierten Situation haben immerhin die Ossis und die Türken miteinander zu reden angefangen. Aber in der Woche darauf beruhigte sich die Diskussion: die aktuelle Stunde im Bundestag und die Zeitungsnachrichten wurden allgemein als Entwarnung verstanden, der deutsche Staat wird die Leute schützen, weil er weiterhin Ausländer hier haben will.
* Leute aus Berlin hatten in Königs Wusterhausen, der Hochburg der regionalen Faschoszene, ein Haus besetzt. Beim Einzug mußten sie erstmal die Naziparolen im Haus übertünchen. Sie versuchen, eine Mischung aus Wohnen, Musimachen und Kulturprojekt, Jugendtreffpunkt und Raum für Jedermensch. Sie kriegen Ärger mit den Nazis, Sachen werden demoliert, Mollies geworfen, die Autos vor dem Haus demoliert usw. Beim alljährlichen »Strandfest«, das seit drei Jahren immer wieder von Faschos aufgemischt wurde, kommt es zum (vorbereiteten) Showdown: 40 Faschos mit Baseballschlägern werden von 20 Leuten in die Flucht geschlagen, ein Fascho bleibt mit Schädelriß liegen. Am nächsten Abend wird aus einem vorbeifahrenden größeren BMW auf eine Gruppe von Leuten vor dem Haus geschossen, jemand kriegt einen Oberarmdurchschuß ab. Aber das sind schon Verzeiflungstaten der Faschos. Es folgen Antifa-Aktionen, die die örtliche Jungnaziszene so verschüchtern, daß sie ihre Kluft zuhause lassen und nicht mehr in Königs Wusterhausen rumrennen, eine »Friedenskonferenz« einberufen. Aber hauptsächlich haben es die Leute im besetzten Haus wohl hingekriegt, sehr schnell einen sehr guten Kontakt zu den NachbarInnen aufzubauen, sie schreiben dazu »Die Ossis sind ja nu doch irgendwie provinziell, das merkt mensch an ihrer verdammten Menschlichkeit. Gottseidank sind wir gegen so was gefeit, weil wir einen Panzer aus Vorurteilen mit uns rumschleppen, den wir woanders Rassismus nennen.«
Die (autonome) Linke verstellt sich mit ihrer (äußerlichen) Moral den Blick auf jede gesellschaftliche Realität. Das reale Phänomen, daß die Klasse ihre Wut teilweise gegen sich selbst richtet, wird von der Linken (vermischt mit der Angst vor dem eigenen Untergang) nur noch als Angst verarbeitet. Die eigene Angst in die Gesellschaft zu schreien: »AusländerInnen geht nicht in die DDR!«, »Mädchen, geht nicht allein auf die Straße!«, »Frauen paßt auf der bei Wohnungssuche!«, »Morgen wird es dich treffen!!« ist aber kein Ersatz für revolutionäre Politik.
Statt uns gemäß der allgemeinen Tendenzen zurückzuziehen und abzukapseln müssen wir uns einmischen! Nicht als Strafexpedition der Leute mit der höherstehenden Moral, sondern in die alltäglichen Auseinandersetzungen. Das setzt schon voraus, daß wir unterscheiden lernen zwischen wirklichen Problemen und faschistischen Schlagwörtern. Und daß wir ne ungefähre Vorstellung von den Strängen haben, an denen sich die Probleme aufheben können

Wir brauchen einen Zugriff auf die GANZE Klassensituation, wenn wir im revolutionären Sinn eingreifen wollen.
SCHAUT NICHT ZU!! STEHT NICHT ABSEITS!!
HABT KEINE ANGST!!
MISCHT EUCH UNTER DIE LEUTE!! REDET MIT IHNEN!!
FRAGT NACH, WENN IHR WAS NICHT VERSTEHT!!
GEHT IN DIE AUSLÄNDER-WOHNHEIME!!

Genesung - ein Schritt in den Knast



Ute Hladki, Mitbeschuldigte im Verfahren gegen Holger Deilke, ist mit diesem 1989 in Tönning verhaftet worden. Beide waren zuvor abgetaucht, um sich einem Prozeß zu entziehen, der gegen sie angestrengt worden war, weil sie eine Veranstaltung zu den politischen Gefangenen organisiert hatten. Hladkis Verfahren ist wegen ihrer Querschnittslähmung, die sie sich im Knast zuzog, ausgesetzt. Die taz sprach mit ihr in Bielefeld, wo sie jetzt wohnt.

? *Was war der Inhalt der damaligen Veranstaltung in Detmold, die eure Verfolgung auslöste?*

! Die Veranstaltung war im Oktober 1985. Holger war im Frühjahr '85 aus dem Knast gekommen, wo er wegen der Krefeld-Demo gesessen hatte. Er hatte im Knast am Hungerstreik 84/85 (*der politischen Gefangenen, d. Red*.) teilgenommen. Dabei hatte er ganz konkrete eigene Knast-Erfahrungen und Erfahrungen im Streik gesammelt. Dann gab es die Erfahrungen draußen. Es hatte sich ja damals sehr viel getan, also, daß Rote Armee-Fraktion und „ad" (*action directe, französische Untergrundgruppe*) gemeinsam bestimmte Aktionen unternommen hatten, oder daß militante Gruppen aus dem Widerstand in einer Strategie mit der RAF dann gekämpft haben - das waren für uns sehr mobilisierende Erfahrungen. Uns ging's eigentlich darum, mit allen anderen darüber zu reden, was sich bei uns selber getan hatte, sich verändert hat, und was wir eigentlich auch machen wollen, daß praktische Vorschläge überlegt werden

„Uns war klar, daß wir verurteilt werden"

? *Ihr wolltet euch für die politischen Gefangenen einsetzen?*

! Ja, denn im Streik 84/85 war ja die Situation von Gunter Sonnenberg ziemlich offen geworden, also, daß es unhaltbar ist, was da abläuft, weil er immer diese Anfälle bekommen hatte.

? *Epileptische Anfälle, verursacht durch die Schußverletzung am Kopf, die ihm Polizisten bei seiner Festnahme beigebracht hatten.*

! Die Veranstaltung diente dem Zweck, sich für die Freilassung von Günter einzusetzen. Aber es sollte auch grundsätzlicher das Verhältnis zu den politischen Gefangenen diskutiert werden. Ein weiterer Punkt war dann, daß ein Haufen Prozesse gegen sechs weitere Gefangene aus der RAF anstanden und gegen Claudia Wannersdorfer, wo es durchaus auch darum ging, zu diesen Prozessen zu mobilisieren.

tal irren Anklage konfrontiert. Ferner gab es eine Diskussion, einen Kongreß zu machen mit Gruppen aus Europa, aber auch aus Palästina und Vertretern der Befreiungsbewegungen aus Mittelamerika, wo man miteinander reden konnte, überlegen konnte, wie es zusammen weitergehen kann. Das waren so die Schwerpunkte.

? ***War das nicht eine Veranstaltung, wie sie zu Dutzenden bundesweit stattgefunden haben, ohne daß die Organisatoren kriminalisiert wurden?***

! Das war in Detmold eigentlich keine besondere Situation, derartige Veranstaltungen gab es in mehreren Städten. Es ging um das Verhältnis zu den politischen Gefangenen und um die Ansätze in Westeuropa, zu einer revolutionären Front zu kommen. In Detmold wurde die Veranstaltung wahrscheinlich deshalb kriminalisiert, weil es dort nur eine kleine politische Szene gab, wo's den Schweinen leicht erschien, zu spalten und abzuschrecken, wo sie nicht viel Widerstand erwartet haben. Es waren ja damals - auch gerade bei uns hier - noch viel weniger, die gesagt haben, die Gefangenen müssen zusammengelegt werden, es gab viele Streitigkeiten und ideologische Debatten. Die Veranstaltung war schon ein Versuch, vielen Menschen die Forderung nach Zusammenlegung nahezubringen. Und: Was wollen wir dafür tun, wie wollen wir aktiv werden?

? *Was waren eure Gründe, vor dem Prozeß abzutauchen?*

! Ea war uns ziemlich klar, daß wir verurteilt werden. Und es gab da mehrere Sachen in der Zeit, die wichtig gewesen sind. Einerseits gab es eine gewisse Aufbruchstimmung - wegen Hafen (*Hafenstraße, d. Red*) und der breiten internationalistischen Mobilisierung, was sich darin niederschlug, daß wir mit den Kurden sehr viel machten. Einfach weil hier sehr viele Menschen aus Kurdistan leben und man direkt mit ihnen reden kann. Dann der Hungerstreik der Gefangenen aus der „ad" oder die Intifada in Palästina - das waren für uns alles mobilisie-

daß nach 1986 eine ganze Repressionswelle auf uns zugerollt kam. Erst die Verhaftung der Düsseldorferinnen, dann die Duisburger (*alle wegen „Mitgliedschaft in einer terroristischen Vereinigung" - Paragraph 129a StGB, d. Red.*). Wir hatten das Gefühl, die räumen hier ganze Städte auf, so daß hier echt nichts mehr ist. Und da hatten wir keine Lösung für, wie man sich den Dingen entgegenstellen kann, also politisch nicht und dann natürlich praktisch auch nicht - is' ja logisch. Bei uns kam dann die Überzeugung: Jetzt reicht's - die können nicht einfach so weitermachen, einen nach dem anderen holen, jetzt muß irgendwie mal Schluß sein. Und dann kam das für uns ziemlich plötzlich, daß wir die Entscheidung getroffen haben, dann geh'n wir einfach weg und gucken, wie das irgendwie weitergehen kann.

? ***Mit welcher Perspektive?***

! Wir haben keine politischen Vorstellungen gehabt, wie man das ganze - den Prozeß - hätte drehen können. Im Nachhinein denke ich, daß das auch ein Ausdruck von Schwäche war. Ohne einen solchen Schritt jetzt grundsätzlich bewerten zu wollen. Es gibt sicherlich genügend Anlässe, so etwas zu machen, emotional fand ich das auch völlig richtig, zu sagen, so jetzt reicht's aber mal! Aber auf der anderen Seite haben wir ihnen das Feld auch so frei überlassen, wo sie dann alles so durchziehen konnten, beispielsweise Christoph von Hören (*Mitangeklagter, d. Red.*) für 18 Monate verurteilen konnten, ohne daß dagegen groß etwas gelaufen ist. Ich weiß es noch von damals, daß ich das als einen totalen Zwiespalt empfunden hab' - nach einer Lösung für mich selbst zu suchen, aber andererseits zu sagen, es ist politisch wichtig, dem etwas entgegenzustellen, wenn sie schon soweit vorgreifen, daß sie Diskussionen über Vorstellungen kriminalisieren. Aber das war damals nicht

? ***Gab es dann bei euch später Überlegungen, wieder aufzutauchen?***

! Für uns lag der Sinn unseres Leben in der Illegalität darin, aus diesen Bedingungen heraus auch in die politische Entwicklung eingreifen zu können, was aber nicht gelang.

Ich erinnere mich, daß wir sehr unter den Bedingungen gelitten haben, daß wir schon in einer solchen defensiven Situation steckten - auch in einer isolierten Lage. Die Situation ist einfach viel schwieriger, als wenn du draußen bist und einfach dauernd mit Leuten darüber reden kannst. Du mußt dir ja alles selber aus der Birne ziehen. Es hat natürlich immer Überlegungen gegeben, was wir auch in unserer Situation tun könnten. Wir haben aber bemerkt, daß wir daraus keine Linie entwickelten, auf der wir arbeiten, vorwärts kommen konnten. Es war einfach so, daß die Bedingungen ein immer größeres Gewicht bekommen haben. Die Frage, wie kommt man einfach durch, hat sehr viel gefressen an Kraft und Energie, die wir eigentlich für andere Sachen brauchten. Und das war der Punkt, wo wir dann gesagt haben, stopp mal - so kann's nicht weiter gehen.

? ***Holger Deilke hat einmal gesagt, daß euer ganzes Handeln davon geprägt war, euch in der Illegalitat durchzuschlagen. Siehst du das auch so?***

! Ja, es ging nur noch konkret darum - das war das totale Problem. Das lag vielleicht auch daran, daß wir die damalige Entscheidung wegzugehen, ziemlich isoliert ge-

erst sehr kurz in Bielefeld. Es war daher kein Teil von einer Gesamtentscheidung. Das hat sich dann darin widergespiegelt, daß wir bestimmte Entwicklungen nur noch schwer nachvollziehen konnten, weil du nicht dringesteckt hast, weil es total schwierig war, an gewisse Sachen heranzukommen. Du bist ganz schnell außen vor und merkst, so geht das absolut nicht. Wenn du getrennt bist von der Bewegung, hat das keinen Sinn. Politisch ist das dann völlig schnuppe, ob wir noch da sind - oder weiß der Geier. Es wurde dann so unerträglich, daß wir gesagt haben, Auftauchen wäre eine Möglichkeit - nicht sofort, das Auftauchen war eine Möglichkeit, die wir durchdenken wollten. Die anderen Ebenen waren eben Exil und die, wie wir uns unter diesen Bedingungen organisieren könnten.

„Das wichtigste: mit Menschen reden können"

? *Was meinst du damit?*
! Um dazu konkrete Vorstellungen zu entwickeln, sind wir nicht mehr gekommen.
? *Warum nicht?*
! Da wollten wir gerade mit anfangen, als im Winter 1989 die Verhaftung reingeschlagen hat. Wir hatten in den Wochen zuvor gemerkt, daß es eigentlich noch mal doppelt wichtig geworden ist, mit Menschen zu reden: Was ist sinnvoll zu tun, und wie kann das gehen? Wir waren einfach ein Stück weit überfordert, das selbst zu bestimmen. Es ist doch so: Um etwas entwickeln zu können, braucht man Menschen, mit denen man sich gegenseitig unterstützen kann. Aber das wurde in der Zeit nur krasser, das Bedürfnis war auch vorher da.
? *Der Prozeß gegen Holger Deilke geht seinem Ende entgegen. Die Bundesanwaltschaft (BAW) ist mittlerweile von ihrem Vorwurf abgerückt, ihr hättet Stadtpläne mit Markierungen, die zur Vorbereitung von Anschlägen auf Politiker und Industrielle dienen sollten, in der Hafenstraße deponiert. Haben Stadtpläne für euch überhaupt eine Rolle gespielt?*
! Bei unserer Verhaftung sind auch Stadtpläne gefunden worden, die später keine Rolle gespielt haben. Wir brauchten Stadtpläne - wie jeder andere Mensch auch -, um uns in Gegenden oder Städten, die wir nicht kennen, zu orientieren.
? *Was passiert hier in Bielefeld in der Szene?*
! Wir machen jetzt die Erfahrung, daß sich alles wiederholt. Zu Holgers Prozeß gibt es Prozeß-Infos, das erste ist jetzt kriminalisiert worden. Es gibt ein Ermittlungsverfahren gegen Unbekannt wegen Unterstützung der RAF. Und zwar sagen sie darin, daß mindestens dreimal etwas zur Zusammenlegung dringestanden hat.
? *Die bloße Forderung nach Zusammenlegung reicht hier in Bielefeld aus, um kriminalisiert zu werden, das wäre mittlerweile in Hamburg undenkbar, nachdem selbst Staatsanwälte, Politiker und Pastoren über die Zusammenlegung debattiert haben.*
! Ach, damit nicht genug: Es gibt im Bielefeld einen weiteren Kriminalisierungsversuch. Wir hatten kürzlich eine Veranstaltung zu Holgers Prozeß, wo anschließend behauptet wurde, es wäre dort die Erklärung der RAF zum Angriff auf Rohwedder (*der Treuhand-Chef wurde Anfang des Jahres erschossen, d. Red.*) verteilt worden. Nach den Zeitungsartikeln muß jemand vom Verfassungsschutz dagewesen sein. Es hat sich in den letzten Monaten gehäuft, daß Leute vom Verfassungsschutz angesprochen worden sind. Allein bekannt sind acht Personen - in einer so kleinen Stadt.
? *Wie ist es dir nach deiner Entlassung aus der Klinik ergangen?*
! Aus der Klinik bin im November 1990 entlassen worden. Damals bin ich hierher nach Bielefeld gekommen, zu Freundinnen und Freunden, bin dann in ein Haus gezogen, das der Stadt gehört. Am Abend, als ich hier angekommen bin, hat es dann gleich eine Fernsehsendung des Westdeutschen Rundfunks gegeben darüber, daß ich jetzt hier hinziehe. Das Haus wurde gezeigt, es wurde behauptet, es sei verbarrikadiert, es wurden Parallelen zur Hafenstraße gezogen. Das war natürlich total lächerlich. Dann wurde unser Haus in dem Bericht gleichgesetzt mit dem Faschistenzentrum - ein paar Häuser weiter ist der verbarrikadierte Treff der NF (*Nationalen Front, d. Red.*) Es hieß dann so: Da sind die Rechten, und hier halt die Linksradikalen, die RAF-Sympaphisanten. Und dann wurde die Geschichte nochmals aufgerollt, völlig entstellt. Ich hatte beispielsweise telefonischen Kontakt zu Hanna Krabbe (*sitzt im Lübecker Knast, d. Red.*), als ich im Krankenhaus war. Im Film wurde daraus gemacht, ich hätte Kontakte zu Frederike Krabbe (*wird gesucht, d. Red.*). Dann, daß es halt ein Unding sei, daß ich in eine Szene-Wohngemeinschaft einziehe, daß davon eine Sogwirkung ausgehe und sich hier dann radikale Kräfte ballen würden. Das ging dann auch in den nächsten Wochen in der Presse so weiter, alles wurde wieder aufgebauscht. Das hatte erstmal zur Folge, daß die Stadt mir keinen Mietvertrag geben wollte, weil sie irgendwie in der Zwickmühle saß. Einerseits hatte sie die Presse im Nacken, anderseits wagte sie auch nicht, einer querschnittgelähmten Frau eine Wohnung zu verweigern. Viele Leute haben sich für mich eingesetzt, so daß es nach sechs bis acht Wochen dann doch mit dem Mietvertrag klappte.

Die BAW zweifelt an der Verhandlungsunfähigkeit

? *Läßt dich die BAW derzeit wegen deiner Verletzungen in Ruhe?*
! Nein, als Holgers Prozeß angefangen hat, kam ein neues Schreiben von der BAW, daß sie ein neues Gutachten über meine Verhandlungsfähigkeit will. Ich hatte in der Hamburger Klinik vom Chefarzt ein Gutachten gekriegt, daß ich nicht verhandlungsfähig bin. Die BAW zweifelte daran. Sie meinte, es gebe neue Erkenntnisse, daß sich die Situation verändert hätte. Sie stützten sich wahrscheinlich auf einen beschlagnahmten Brief von mir, den ich Holger geschickt hatte. Er hatte gefragt, wie sieht es denn überhaupt jetzt bei dir aus weil er sich das überhaupt nicht vorstellen konnte. Ich hatte ihm geschrieben, was ich alles so gelernt hatte und was ich so in der Krankengymnastik mache, auf welche Veranstaltungen ich gehe. Kurz dannach hat das Oberlandesgericht (OLG) in Düsseldorf nachgeschoben, hatte ausführlich aufgezählt, warum der Haftbefehl aufrecht erhalten bleiben muß. Der Hauptpunkt war Fluchtgefahr. Das wurde damit begründet, daß ich im Frühjahr 1991 mal zehn Tage in Dänemark gewesen bin - was ich der BAW und dem OLG melden mußte. Danach kamen sie dann mit einer völlig widersprüchlichen Begründung. Einerseits sei es mir hoch anzurechnen, daß ich das nicht zur Flucht genutzt habe. Aber daß ich die Reise überhaupt machen konnte, beweise, daß ich „fluchtfähig" sei. Was natürlich völliger Quatsch ist, ohne Ärzte und Pflege konnte ich mich gar nicht durchschlagen - und das wissen die auch.
? *Wirst du von der Polizei beschattet?*
! Observation ist schon zu bemerken, gerade wenn ich irgendwo hingehe, wo ich sonst nicht so ohne weiteres hinkomme - zu Veranstaltungen oder Treffen. Im Grunde ist das ein tierischer Widerspruch, weil es bedeutet, jeder kleine Fortschritt, den ich mache, der wird sofort gegen mich gedreht. Naja, es ist sicherlich nicht so, daß ich sag', jetzt lern' ich nichts, aber ich glaube schon, daß sich das mittelbar blockierend auswirkt. Jeder Schritt der Genesung ist ein Schritt in den Knast.



Holger Deilke im Prozeß — ZEICHNUNG: CHRISTINE BOER

Prozeßtermine

Prozeß gegen Holger Deilke

Der § 129a-Prozeß gegen Holger Deilke vor dem Oberlandesgericht Hamburg, Sievekingplatz, Saal 288, findet jeweils mittwochs und donnerstags um 9 Uhr statt.

Termine :

Do. 28.11. **jeden tag 20.00 uhr plenum im Antirassistischen Zentrum**

20.00 **S.O.S.** Kollwitzstr 64 Lesung: Im Meer der Ruhe
18.00 **El Locco** Frauentag Konzeptdiskussion
21.00 **El Locco** Film: Die Kümmeltürkin geht
21.00 **Daneben** Rigaerstr. 84 Antifa-Filme:Provokation/Leviatan

Fr. 29.11.

19.00 **El Locco** Video Asyl-die Schweiz als Nadelöhr

Sa. 30.11.

17.00 **Mainzerstr.** Strassenfest gegen Novemberkälte
18.00 **El Locco** Rechtsextremismus in der DDR Info/Dissk.
20.00 **Straußberg** (bes. Villa) Konzert m. Who´s Rachel/Tikal
22.00 **SfE** Frauenkiezdisco für die Amazora
22.00 **Köpi 137** Konzert m. Pothead/Shaft (4.-)

so. 1.12.

18.00 **EL LOcco** Die neue Weltwirtschaftsordnung Info/Disskuss
ab 14.00 **SO 36** Wer Frisst Wen ?
Widerstand gegen Umstrukturierung im Stadtteil
15.00 Hilfe die Yuppies sind schon da
18.00 Widerstand in KB auf Sand oder Lehm gebaut
21.00 Filme

Mo. 2.12.

19.00 **jeden Montag** treff im blauen Salon wg. Schutz v. Flüchtlingsheimen

Di. 3.12.

19.00 **Ea** Mehringhof VS-Akteneinsicht-Treff

Mi. 4.12.

19.00 **El Locco** Basis-Radio-Berlin (Text im Heft) Diskuss.
ab19.00 **Ex** Frauenabend

Do. 5.12.

15.00 **Papiertiger** Vs-Akteneinsicht-Treff

FR. 6.12.

20.30 **Schokofabrik** Mariannenstr. 6 4.Stock /Ladies only
Überleben in der Sowjetunion Veranstaltung

Hinweis:

Die Versandbuchhandlung "Missing Link" hat jetzt ihre erste Themenliste zu IRLAND - Geschichte, Politik und Kultur herausgebracht. Sie beinhaltet vor allem englischsprachige Bücher zum Thema, die meist kurz kommentiert sind. Zu beziehen ist sie für 1.80DM in Briefmarken bei:

Missing Link
Versandbuchhandlung
Westerstr. 118
2800 BREMEN 1

EINLADUNG

Wir sind ein Zusammenschluß von antirassistischen Gruppen, die Kontakte zu Flüchtlingen und ImmigrantInnen in Lagern in Berlin und Umgebung aufnehmen bzw. aufgenommen haben.
Wir haben ein Schutzkonzept erarbeitet und laden alle Gruppen, die sich daran beteiligen wollen, zum nächsten Treffen am **Montag, den 2.Dez. um 19.00 Uhr** in den **Mehringhof (blauer Salon)** ein



AurorA ★ Bücher-Info Winter 91

Strange Fruit

★ *FRAUEN*

★ *MUSIK*

★ *ANARCHIE*

★ *(AUTO)-BIOGRAPHIEN*

★ *SONDERANGEBOTE*

★ *KRIMIS*

★ *EDITION ID-ARCHIV*

Buchhandlung 0★21

ab sofort Bücher in englischer Originalfassung. Z.B. Penguin Books, Chandler, Virginia Woolf, The Free (top anarcho science fiction) und vieles mehr.

★ *WAS DIE SZENE LIEST*

Res Strehle
KAPITAL UND KRISE
Einführung in die politische Ökonomie
Kann uns das Marx'sche Analysen- und Begriffsinstrumentarium noch helfen? Diese Einführung gibt einen klaren und verständlich gehaltenen Überblick der politischen Ökonomie.
Schwarze Risse&Rote Straße / 188 S. / 18 DM

Peio Aierbe
BEWAFFNETER KAMPF IN EUROPA
- Nordirland, Korsika, Baskenland, Italien, BRD -
Peio Aierbe versucht in diesem Buch, die Entwicklungsgeschichte der bewaffneten Organisationen darzustellen, die heute in fünf westeuropäischen Ländern aktiv sind. Allein schon die Existenz bewaffneter Bewegungen zerbricht den "sozialen Frieden", denunziert die "demokratischen Verhältnisse" als Fassade einer unantastbaren Herrschaftsordnung.
Schwarze Risse&Rote Straße / 212 S. / 20 DM

Publikationen 1991

Ingrid Strobl
STRANGE FRUIT
Bevölkerungspolitik: Ideologien, Ziele, Methoden, Widerstand
Die ernsthafte Beschäftigung mit dem Thema Bevölkerungspolitik beinhaltet eine grundsätzliche Konfrontation mit der herrschenden Norm, mit dem Wertesystem, das diese Gesellschaft prägt und den meisten Menschen quasi zur zweiten Natur geworden ist. Ein lebenswerter Beitrag gegen die 500 Jahr-Feier der Kolonisatoren 1992. Zu >Strange Fruit< siehe Billie Holiday beim Gabentisch.
Ed. ID-Archiv / 100 S. / 10 DM

zu bestellen bei:
AurorA Buchhandlung und Versand
Knobelsdorffstr. 8
1000 Berlin 19
Tel. 030-322 71 17

oder abzuholen in der:
Buchhandlung 0★21
Oranienstr. 21
1000 Berlin 36
Tel. 030-652 226
natürlich kostenlos

Projektgruppe (Hg.)
METROPOLEN(GEDANKEN) UND REVOLUTION
Texte zur Patriarchats-, Rassismus-, und Internationalismusdiskussion
Mit Beiträgen von Ingrid Strobl, Klaus Viehmann, der autonomen LUPUS-Gruppe, den Revolutionären Zellen u.a.
"Allerorten wird zur Zeit von der Krise der Linken geredet. Ohne Zweifel sieht es so aus, daß sich die weitverbreitete Sprach- und Hilflosigkeit der Linken und Linksradikalen in der BRD zum Dauerzustand entwickelt und die Rolle des Polit-Zuschauers zur Normalität wird. Eine Projektgruppe der Edition ID-Archiv will der um sich greifenden Resignation die Reflexion der eigenen Politik entgegensetzen"... (ak Juli 91)
Edition ID-Archiv / 2. Aufl. / 168 S. / 14 DM

"Eine bestimmte Stärke der Linken war ja immer, daß sie bestimmte Bücher auf dem Markt hatten."
Ralf Reinders, Bewegung 2. Juni. In AK 325-10. Dezember 1990

Bei nicht wenigen
packt die Wut die Hand
und die Hand den Stein

wer sagt
dies ginge zu weit
der geht selber
nicht weit genug

wer sagt
das sei die einzige Möglichkeit
steht sich selber
und seiner Phantasie
im Weg